

# Südbödecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Südbödecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, mit der Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechspaltige Zeile oder deren Raum 30 Pfg., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 20 Pfg., answärtige Anzeigen 35 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 263.

Donnerstag, den 8. November 1917.

24. Jahrg.

## Die Wahlrechtsreform in Preußen.

von Paul Hirsch, M. d. A.

Auch wer mit dieser oder jener Bestimmung der preussischen Wahlrechtsvorlage nicht einverstanden ist oder wer das eine oder das andere daran vermißt, wird der Regierung das Zeugnis nicht vorenthalten können, daß ihre Reform einen völligen Bruch mit der Vergangenheit bedeutet. Das Dreiklassenwahlrecht, an dem sie bei ihrem letzten Reformversuch vom Jahre 1910 festhielt und in dessen organischem Ausbau sie den Inbegriff aller Staatsweisheit erblickte, ist zum alten Eisen geworfen. Von dem Gedanken eines Pluralwahlrechts oder irgend eines anderen plutokratischen Wahlrechts hat sich die Regierung endgültig losgelöst, das gleiche Wahlrecht, das der Julierlaß angekündigt hat, soll zur Wahrheit werden.

Ein gleiches Wahlrecht allerdings nur insofern, als jedem Wahlberechtigten ebenso wie es bei dem Reichstagswahlrecht der Fall ist, eine Stimme zusteht. Die völlige Gleichheit ist damit noch nicht erreicht, das wird erst dann der Fall sein, wenn Hand in Hand mit der Aenderung des Wahlgesetzes auch eine Neueinteilung der Wahlbezirke auf Grund der Einwohnerzahl einhergeht. Daß die Regierung vor der Neueinteilung zurückgeschreckt ist, ist bedauerlich, aber erklärlich, wenn man sich die Schwierigkeiten vor Augen hält, die der Lösung gerade dieser Frage entgegenstehen. Alle früheren Debatten haben bewiesen, daß das Zentrum von einer Neueinteilung der Wahlkreise nichts wissen will. Sollte die Regierung nicht von vornherein auf die Mit Hilfe des Zentrums bei der Wahlreform verzichteten, dann bliebe ihr nichts anderes übrig, als von einer Aenderung der Wahlkreise Abstand zu nehmen. Würde sie mit der Wahlrechtsreform auch eine neue Wahlkreiseinteilung verbinden, dann würde sie neben den Konservativen auch das Zentrum gegen sich haben, und die Reform wäre ein totgeborenes Kind.

So sehr wir diese taktischen Erwägungen gelten lassen, so können wir doch auf die Dauer unmöglich auf eine gerechte Einteilung der Wahlbezirke verzichten. In der Vermehrung der Zahl der Abgeordneten einiger großstädtischer Wahlkreise, wie sie die Vorlage vorsieht, vermögen wir kaum eine Abschlagszahlung zu erblicken, wir müssen vielmehr daran festhalten, daß sobald die jetzige Reform unter Dach und Fach ist, dem auf Grund des neuen Wahlgesetzes gewählten Landtage eine Vorlage auf Neueinteilung der Wahlkreise unterbreitet wird. Die Aussichten hierfür werden dann wesentlich günstiger sein, in dem neuen Landtage wird sich unschwer eine Mehrheit dafür finden. Es kommt nur darauf an, daß die Regierung den festen Willen hat, es bei der diesmaligen Reform nicht bewenden zu lassen, sondern im Laufe der Jahre ganze Arbeit zu machen und was diesmal aus taktischen Gründen versäumt ist, zu gegebener Zeit nachzuholen.

Daß die Neueinteilung der Wahlkreise eine unbedingte Notwendigkeit ist, leuchtet von selbst ein, wenn man bedenkt, daß der jetzigen Einteilung noch immer die Volkszählung vom Jahre 1858 zugrunde liegt. Damals kam auf rund 50 000 Seelen ein Abgeordneter, heute müßte auf rund 90 000 ein Abgeordneter entfallen. Aber die Bevölkerung hat sich seit dieser Zeit nicht nur gewaltig vermehrt, sondern auch in ihrer Gliederung völlig verschoben. Preußen ist aus einem reinen Agrarstaat zu einem vorwiegend industriellen Staat geworden, und die Industriezentren haben den begründeten Anspruch, endlich die ihnen nach ihrer Größe und ihrer Bedeutung zustehende Zahl von Abgeordneten zu erhalten. Der systematischen Entziehung der Städte durch die veraltete Wahlkreiseinteilung muß ein Ende gemacht werden, wenn anders in Wirklichkeit von einem gleichem Wahlrecht in Preußen die Rede sein soll. Ebenso muß gebrochen werden mit dem Zustand, daß ein Wahlkreis mehr als einen Abgeordneten ins Parlament schickt darf. Meist sind es ländliche Kreise, die, obwohl sie weniger als 100 000 Einwohner zählen, zwei, teilweise sogar drei Vertreter in Landtage haben, so daß in Wirklichkeit die Wähler dieser Kreise ein vielfach höheres Wahlrecht besitzen, als die der städtischen Kreise, denen auch nach der neuen Vorlage erst wenn die Zahl von 250 000 Seelen überschritten ist, ein zweiter Abgeordneter zugewilligt werden soll.

Nun soll aber das auf dem Papier gleiche, in Wirklichkeit ungleiche Wahlrecht, das die Regierungsvorlage neben dem Ungleich der öffentlichen durch die geheime und der indirekten durch die direkte Stimmabgabe vorsieht, erkaufte werden durch eine nicht unerhebliche Beschränkung der Zahl der Wahlberechtigten. Das Wahlrecht, das heute, falls die sonst üblichen Voraussetzungen erfüllt sind, jedem Preußen schließt, auch wenn er erst am Tage der Auslegung der Wahllisten die preussische Staatszugehörigkeit erworben hat, soll an die Vorbedingung einer dreijährigen Zugehörigkeit zum preussischen Staate geknüpft, die Aufenthaltsdauer in der Gemeinde von 6 Monaten auf 12 Monate verlängert werden. Das bedeutet, ganz abgesehen von der Entziehung all der Kriegsteilnehmer, die nach ihrer Entlassung von den Behörden freiwillig oder gezwungen ihren Wohnsitz verlegen, eine weitere Benachteiligung der großstädtischen Bevölkerung, die sich durch die wirtschaftlichen Verhältnisse oder die

Wohnungszustände weit öfter als die ländliche Bevölkerung genötigt sieht, von einer Gemeinde in die andere zu ziehen. Ja sogar in Wahlkreisen, die sich aus mehreren Gemeinden zusammensetzen, würden die bis dahin Wahlberechtigten bei der Ueberiedelung von der einen Gemeinde in die andere Gemeinde desselben Kreises ihres Wahlrechtes verlustig gehen. Die Regierung hat sich bei der Schaffung dieser Bestimmung das Schlag-Lothringische Recht zum Muster genommen, sie vergißt aber, daß es ein gewaltiger Unterschied ist, ob ein neues Recht geschaffen und hierbei einschränkende Bestimmungen vorgelesen werden, oder ob ein bestehendes Recht beseitigt wird. Wenn für die Wahlen zu den Stadtverordnetenversammlungen die Zugehörigkeit zum preussischen Staate unbekümmert um die Dauer dieser Zugehörigkeit genügt, wenn heute in Preußen derjenige, der erst am Tage der Wahl die Staatsangehörigkeit erworben hat, sogar Mitglied der gesetzgebenden Körperschaft sein kann, wenn in den meisten preussischen Landgemeinden jeder Deutsche, auch wenn er nicht Preuze ist, das Wahlrecht besitzt, so ist es einfach unverständlich, wie eine solche Bestimmung in die Vorlage Aufnahme finden konnte. Kann man sich in Preußen wirklich nicht daran gewöhnen, auch einmal einen Schritt vorwärts zu wagen, ohne gleichzeitig einen Schritt rückwärts zu gehen?

Das Prinzip: kein Fortschritt ohne Rückschritt, kommt auch deutlich zum Ausdruck in dem zweiten Gesetzentwurf, der eine Erweiterung der Rechte des Herrenhauses vorsieht. Es handelt sich hier um budgetrechtliche Bestimmungen verwickelter Art, die in ihrer Gesamtheit darauf hinauslaufen, dem Herrenhause einen größeren Einfluß auf die Gestaltung des Etats einzuräumen, an dem es bisher nichts ändern durfte, sondern den es nur in seiner Gesamtheit annehmen oder ablehnen konnte. Da jede Erweiterung der Macht der ersten Kammer eine Schwächung der Macht der zweiten Kammer bedeutet, ist es klar, warum die Regierung diese Vorlage eingebracht hat. Eine zwingende Notwendigkeit dazu lag nicht vor, sie will die erste Kammer, auf deren Zusammenziehung die Massen der Wähler keinen Einfluß haben, in ihrer Stellung gegenüber der Volkskammer heben, und sie hofft dadurch auch manchen von denen, die sonst von einer Wahlreform nichts wissen wollen, letzten Endes doch noch dafür gewinnen zu können.

Was nun die gleichzeitig mit der Wahlrechtsreform verheißene Umbildung des Herrenhauses betrifft, so werden auch die grundsätzlichen Gegner des Zweiklassenwesens bei objektiver Prüfung anerkennen müssen, daß ein auf Grund der neuen Vorlage gebildetes Herrenhaus nicht mehr ganz so vorantastlich anmutet, wie das auf Grund der Verordnung vom 12. Oktober 1854 gebildete. Setzt sich das Herrenhaus heute aus den großjährigen Prinzen des königlichen Hauses, aus erblichen und aus auf Lebenszeit ernannten Mitgliedern zusammen, so soll es in Zukunft einen ständischen Charakter erhalten, bestimmte Berufsgruppen sollen berechtigt sein, in Wahlkurien eine gewisse Anzahl von Vertretern zu wählen. Als solche Kurien gelten z. B. für den Handel die Handelskammern, für das Handwerk die Handwerkskammern. Ausgeschlossen von einer Vertretung im Herrenhaus sind nach wie vor die Arbeiter, es sei denn, daß mal ein Arbeiter aus königlichem Vertrauen berufen wird. Den Einwand, daß die Arbeiter keine geordnete Vertretung haben, da weder Arbeitskammern noch Arbeiterkammern bestehen, können wir nicht gelten lassen. Es ist ja auch ein offenes Geheimnis, daß der erste Entwurf des Ministers Dreves die Wahl von Arbeitervertretern durch die Arbeitnehmerbeisitzer in den Versicherungsämtern vorsah, daß aber das Staatsministerium diesen Entwurf als zu liberal zurückgewiesen hat. So wird denn, wenn es nicht gelingt, die Vorlage in der Beziehung umzugestalten, auch das modernisierte Herrenhaus rein von Arbeitern sein, die Sachwalter des Proletariats werden auf die Volkskammer verwiesen, der Unterschied zwischen beiden Kammern tritt dadurch noch deutlicher in die Erscheinung. Daß das Ernennungsrecht des Königs eine Einschränkung erfahren soll, insofern, als in dieser Beziehung die Einführung eines numerus clausus vorgezogen ist, sei nur nebenher erwähnt.

Ueber die Aussichten der Reform kann man sich heute naturgemäß nur in Vermutungen ergoßen. Die Mehrheit für das geheime und direkte Wahlrecht scheint gesichert zu sein, der Kampf wird in der Hauptsache um das gleiche Wahlrecht entbrennen, von dem außer den Konservativen und dem größten Teil der Freikonservativen auch der rechte Flügel der Nationalliberalen nichts wissen will. Die Gegner des gleichen Wahlrechts werden nicht nur die Verhandlungen zu verschleppen, sondern auch die drei Vorlagen, die die Regierung als getrennte Entwürfe einbringt, mit einander zu verflochten haben, in der Hoffnung, dadurch Zugang aus den Reihen der wirklichen Wahlrechtsfreunde zu gewinnen, die einer Vorlage, welche neben einer Reform des Wahlrechts eine Aenderung der Zusammenfassung des Herrenhauses und eine Erweiterung der Rechte dieses Hauses enthält, ihre Zustimmung verweigern werden. Ob diese Hoffnung berechtigt ist, wird die Zukunft lehren. Soviel ist jedenfalls sicher, daß

die Anhänger des Dreiklassenwahlrechts kein Mittel unverzucht lassen werden, um ihre in diesem System wurzelnde Macht auch in das neue Preußen hinüberzuretten. Wie weit es ihnen gelingt, das wird nicht nur von der Taktik der wahlrechtsfreundlichen Parteien abhängen, die sich zu einem geschlossenen Vorgehen zusammenfinden müssen, sondern vielleicht in noch höherem Maße von der Energie, die die Regierung für ihr eigenes Werk an den Tag legt.

## Der Bürgerkrieg in Rußland.

Dort im großen Ostreich ist der Bürgerkrieg von neuem offen entbrannt. Die Ereignisse seit der Revolution gruppierten sich um drei Strömungen: die Kadetten und die Militärpartei, welche eine bürgerliche Republik herzustellen und den Krieg im Entente-Sinne fortzuführen wollen; die Bolschewiki, welche die Diktatur der Arbeiterklasse und den Frieden auf revolutionärer Grundlage, vielleicht auch unter Bruch mit den Militärs anstreben; die Richtung Kerenski, Stobelew, Zereicki, welche durch diplomatische Mittel die Militärs für den Vergleichsrieden gewinnen und dazu Rußland stark und kampffähig machen möchte. Herrschend waren seit der Revolution die Gedanken der letztgenannten Gruppe, aber ohne klare Scheidung vom Kadettenprogramm. Tereicki, der Ententist, und Stobelew, der Friedensfreund im Sinne Stockholms, sollten gemeinsam zur Konferenz der Militärs nach Paris fahren.

Der Bolschewikaufruf vom 16. bis 18. Juli war der erste gewaltsame Versuch, die Revolution auf den Gipfel zu treiben; die Kornilow-Affäre nach der Moskauer Staatskonferenz ein Gegenschlag der bürgerlichen Kreise, um sie rückwärts zu schieben. Jetzt ist der Kampf gegen alle ausgebrochen. Die bürgerlich-kapitalistischen Elemente haben seit dem ersten Novembertag offenbar die Absicht verfolgt, sich mit Hilfe eines besser vorbereiteten Kornilow-Putsch, an dessen Spitze diesmal wahrscheinlich die Generale Brussilow, Kuzki und Alexejew ständen, dauernd der Gewalt zu bemächtigen. Ihr Opfer war der Kriegsminister Werschowski, der zum Rücktritt gezwungen wurde. Demgegenüber suchte der Petersburger Sowjet, den gegenwärtig die Bolschewiki Trotzki, Lenin und Zinnewj leiteten, sich der Salostenmassen zu verweigern. Darüber ist der offene Kampf ausgebrochen — die russisch-russische Front hat sich kampfbereit gebildet, der seit langem vorhergegangene Bürgerkrieg ist da. Die Entwicklung der Ereignisse steht noch in ihren Anfängen; aber wahrscheinlich werden schon die nächsten Tage zeigen, wer stärker ist, und wir möchten es nicht für ausgeschlossen halten, daß diesmal die Bolschewiki siegen.

Ueber die Vorgänge liegen folgende, größtenteils der Petersburger Telegraphen-Agentur entstammende Meldungen vor, die wir der Reihenfolge nach registrieren:

Der Konflikt zwischen dem Generalstab des Militärbezirks Petersburg und dem militärischen revolutionären Ausschuss des Arbeiters- und Soldatenrates spitzte sich gestern (Dienstag) abends beträchtlich zu. Die eingeleiteten Besprechungen zur Beilegung des Konflikts wurden am Nachmittag abgebrochen, da der Ausschuss die Mitteilung erhielt, daß der Militärgouverneur von Petersburg in der Nacht Truppen in der Umgebung der Hauptstadt, besonders in Peterhof, Pawlowitz und Jaroslaw-Selo herbeigerufen habe. Angesichts dieser Tatsache befahl der Ausschuss seinen Truppen, der Regierung nicht zu gehorchen. Eine weitere Zuspitzung erfuhr die Lage dadurch, daß Kerenski drei maximalistische und zwei Blätter der Rechten verbot. Gegen 5 Uhr abends befahlen die Behörden, die Brücken zwischen den Arbeiterquartieren und dem Zentrum der Hauptstadt zu zerstören. Sie brachten so den Straßenbahnverkehr der ganzen Stadt zum Stehen. Die Stadt wird von den Regierungstruppen militärisch bewacht.

Nach ergänzenden Meldungen spielte sich ein Streitfall zwischen dem revolutionären militärischen Ausschuss, der jüngst vom Petersburger Arbeiter- und Soldatenrat geschaffen wurde, und dem Generalstab der Militärbezirke folgendermaßen ab: In der Nacht vom 4. November erschienen die Mitglieder des Ausschusses beim Generalstab und verlangten das Recht, alle seine Befehle zu kontrollieren und an seinen Beratungen teilzunehmen. Der Oberbefehlshaber der Petersburger Truppen, Obrist Kollomnikow, lehnte dieses Ansuchen ab. Der Arbeiter- und Soldatenrat berief daraufhin alsbald eine Versammlung von Abgeordneten der Garnison ein, die an alle Regimenter durch Fernsprecher ein Telegramm verband, das den Soldaten mitteilte, daß der Arbeiter- und Soldatenrat infolge der widerrechtlichen Haltung des Generalstabes, der den revolutionären militärischen Ausschuss nicht anerkennen wolle, mit dem Generalstab breche, der von jetzt an als ein der Demokratie feindliche Organisation betrachtet werde. Das Telegramm befahl, die Truppen hätten einzig solchen Befehlen zu gehorchen, die von dem militärischen revolutionären Ausschuss unterzeichnet seien. Zugleich veröffentlichte der revolutionäre Ausschuss einen Aufruf an die Soldaten, Arbeiter und Bevölkerung der Hauptstadt, in dem angekündigt wurde, daß der Ausschuss zur

militärischen Leitung der wichtigsten Punkte Petersburgs und seiner Umgebung besondere Beauftragte ernannt hat, die der Ausschuss hiermit für unverletzlich erklärt. Nachdem die vorläufige Regierung von diesen Verhandlungen des Ausschusses Kenntnis genommen hatte, forderte sie ihn auf, den Inhalt des Telegramms als Null und nichtig zu erklären. Der Ausschuss lehnte die Erfüllung dieser Aufforderung ab und beschloß, ihr Widerstand zu leisten. Zu diesem Zwecke ließ der Arbeiter- und Soldatenrat Truppen mit Maschinengewehren zu seinem Versammlungsorte kommen. Die vorläufige Regierung faßte den Beschluß, vorläufig nicht zu den Waffen Zucht zu nehmen, da sie hoffe, den Streitfall friedlich beilegen zu können. Am 5. November entließ die vorläufige Regierung die Vollziehung der vorläufigen Regierung dahin, den Ausschuss als ungehörliche Einrichtung zu betrachten, forderte den Justizminister auf, seine Mitglieder gerichtlich zu verfolgen und stellte den Militärbehörden anheim, alle notwendigen Maßnahmen zu treffen, falls eine Revolte gegen die Regierung erfolgen sollte.

**W.B. Petersburg, 8. Novbr. (Neuermeldung.)**  
Eine Abteilung Marineoldaten unter dem Befehl des revolutionären Ausschusses der Maximalisten besetzte die Geschäftsräume der amtlichen Petersburger Telegraphen-Agentur, die Telegraphenzentrale, die Stadtbank und das Marine-Ministerium, wo der Rat der Republik tagt, dessen Sitzungen angefangen, der Lage aufgehoben wurden. Bis jetzt sind keine Unruhen gemeldet, mit Ausnahme einiger Fälle von Apaschismus.

Die Petersburger Zeitungen sind ernstlich beunruhigt durch die diesmal ziemlich ernsthaften Vorbereitungen der Maximalisten, sich der Gewalt zu bemächtigen, und veröffentlichten viele Aufsätze, die die unvernünftigen Unternehmungen der unverantwortlichen Demagogen tadeln und sie auffordern, sie überlegen, bevor sie das Vaterland endgültig zugrunde richteten. Die „Börsezeitung“ macht sich zum Sprachrohr dieser Besorgungen und des allgemeinen Gefühls der Empörung, indem sie schreibt: Der Befehl des revolutionären Militärausschusses des Arbeiter- und Soldatenrates an die Besatzung Petersburgs, nur ihm zu gehorchen, ist offensichtlich der Anfang eines offenen Angriffes auf die Regierung, da er innere Feindseligkeiten anordnet. Die Lage hier ist. Jedes weitere Zögern ist nunmehr unmöglich, denn es wäre eine tödliche Gefahr. Diesmal handelt es sich nicht um das langsame Verfahren der Beilegung der Bewegung, sondern um die Niederschlagung durch einen einzigen heftigen und geschwinden Schlag. Wer weiß, ob diese Gelegenheit nicht die einzige für die revolutionäre Demokratie ist, mit einer letzten Anstrengung der Revolution das Vaterland von einem nicht wieder gutzumachenden Unheil zu bewahren. Man beachte diesen Gesichtspunkt ernstlich und unterlasse ihn nicht.

**Kerenski und der Bürgerkrieg.**  
In der vorgestrigen Nachmittagsitzung des einstweiligen Rates der Republik sprach Kerenski von den Versuchen der Maximalisten, sich der Macht zu bemächtigen und einen Bürgerkrieg herbeizuführen und erklärte unter dem Beifall der Rechten, der Mittelpartei und der Linken: Die Parteien, welche wagen, in diesem Augenblick die Hand gegen den Willen des freien russischen Volkes zu erheben, drohen gleichzeitig den Deutschen die Front zu öffnen. Alle Handlungen dieser Art sind möglichst zu unterdrücken. Kerenski erklärte das Vorparlament um sofortige Antwort, ob die Regierung bei Erfüllung ihrer Pflicht auf die Unterstützung des einstweiligen Rates der Republik rechnen könne. Das Vorparlament wies zur Erörterung über die Frage des Ministerpräsidenten.

Auf die Frage, was die Regierung zu tun gedachte, um den Versuch der Maximalisten, sich der Staatsgewalt zu bemächtigen, zu vereiteln, hielt Ministerpräsident Kerenski folgende Rede: Man sollte meinen, je näher der Tag des Zusammentritts der verfassungsgebenden Versammlung kommt, um so nachdrücklicher werden die Versuche, ihre Zusammenberufung zu verhindern, die diesem Ziele durch die Vöhung der Landesverteidigung und Vaterlandsverrat zu streben. Sie gehen von zwei Seiten aus, von der äußersten Linken und der äußersten Rechten und kommen in den Artikeln des Staatsverbrechers Benin zu einem Wort, das der Justiz ipso facto. Nun wären diese Anstrengungen, gleichviel, ob mit Bewußtsein oder ohne, nicht dem deutschen Proletariat, sondern den Schicksalen, die Deutschland beherrschen; denn sie tragen dazu bei, unsere Front den Truppen des Kaisers und seiner Freunde zu öffnen.

Mit Beziehung auf den Streit zwischen dem Staate des Militärgouverneurs von Petersburg und dem revolutionären Militärausschuss des Arbeiter- und Soldatenrates meinte Kerenski, die Militärgewalt könnte die Forderungen des Ausschusses nicht als gesetzlich anerkennen und fordere von ihm die Zurücknahme seiner Befehle. Der Ausschuss eröffnete zum Schein Verhandlungen und zeigte sogar Neigung zur Verständigung; aber gleichzeitig begann er, heimlich Waffen und Patronen an die Arbeiter zu verteilen. Dies ist der Grund, warum ich einen Teil der Bewachung von Petersburg für aufständisch ansehe. Ich habe sofort die Eröffnung der Untersuchung und die Vornahme der notwendigen Verhandlungen befohlen. (Die Linke unterbrach Kerenski mit heftigen Ausfällen.) Dieser aber wandte sich gegen sie und rief: Die Regierung wird sich lieber töten lassen, als auf die Verteidigung von Ehre, Sicherheit und Unabhängigkeit des Staates zu verzichten. Darauf kam er auf die Haltung der Front gegenüber dem Vorgehen der Maximalisten und verlas Telegramme, in denen die Armee nachdrücklich Maßnahmen gegen Ausbreitungen in Petersburg fordert und der Regierung kräftige Unterstützung verspricht. Kerenski schloß mit der Erklärung, daß alle Teile des Landes und alle Parteien und Bevölkerungsschichten zu dem Kampfe gegen die betäubende Gefahr beitragen müßten. Er verlangte vom Vorparlament eine sofortige Erklärung, wie die Regierung bei den entscheidenden Maßnahmen gegen die Feinde des Vaterlandes auf seine Hilfe zählen könne.

**Die innere Krise in Deutschland**  
... einer guten Lösung entgegenzugehen, so wenigstens wird heute in Berlin gemeldet. Die Verhandlungen zwischen den Staatssekretären Röders und Kuhlmann und dem Vertreter der Reichspartei „Reinhold“ — wie es heißt — zu einem gewissen Abbruch gebracht zu sein.  
Eine letzte Meldung lautet: „In der gestrigen Besprechung der vier Reichsparteiaktionen hat sich eine vollständige Einmütigkeit in der Beurteilung der gegenwärtigen Lage und der Vorschläge zur Überwindung der Schwierigkeiten ergeben. Die Verhandlungen mit dem Reichskanzler dauern fort.“

Worüber eine Einigung erzielt wurde, wird nicht gesagt. Vielleicht erfährt man das noch, wie auch wohl mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen ist, daß die Regierungskräfte in Deutschland im Laufe der nächsten Wochen endgültig erledigt ist.

## Die Kriegslage.

Nach dem Großkampftage am 4. Oktober behaupteten die Engländer, jeden Tag den Bewegungskrieg gegen die Deutschen beginnen zu können. Am 6. November, nach über einem Monat fast ununterbrochener verweirter Großkämpfe, ließ der englische Führer seine tiefgegliederten dichten Massen immer noch gegen ein und dieselbe Flandern-Front, gegen ein und dieselben Stellungen anrennen. Mit ungeheuren Opfern konnte der an Zahl vielfach überlegene Gegner sich lediglich den Besitz des Ortes Passchendaele erkämpfen, den er bereits am 30. Oktober auf kurze Zeit in Händen hatte. Auf der gesamten übrigen Angriffsfront brach der englische Ansturm restlos unter unerhört schweren Verlusten zusammen.

Dem um 7 Uhr vormittags begonnenen Trommelfeuer, das sich zeitweise auch nach Norden und Süden ausdehnte, folgten starke englische Massenangriffe gegen unsere Stellungen von südlich Poelkapelle bis einschließlich Passchendaele, sowie gegen die Höhen von Becelaere und Gheluvelt. Im ersten Ansturm gelang es dem Gegner unter fortwährend anhaltendem Trommelfeuer Passchendaele zu nehmen. In hin- und herwogendem erbitterten Kampfe wurde der Ort jedoch von den deutschen Heidenmütigen Flanderntruppen wiedererobert. Erst ein erneuter Angriff des Gegners, wozu er gegen Mittag ohne Rücksicht auf Menschenverluste, starke Kräfte einsetzte, brachte den Ort wieder in seinen Besitz. Jeder Versuch, diesen Anfangserfolg zu erweitern, schlug fehl. Nachmittags hielt bis in die Dunkelheit hinein im Abschnitt von Passchendaele besonders heftiger Artillerie- und Infanteriekampf an, wobei der Gegner keine weiteren Vorteile erzwingen konnte. Der feindliche Angriff gegen Becelaere und Gheluvelt brach in unserem Abwehr- und Sperrfeuer, zum größten Teil bereits vor unseren Linien, zusammen. Wo der Gegner an wenigen Stellen eindringen konnte, wurde er durch wuchtige Gegenstöße wieder hinausgeworfen. Spätere Angriffsabsichten des Gegners wurden durch unser wirksames Vernichtungsfeuer vereitelt.

Nordöstlich Soissons nahm gleichfalls die feindliche Artillerietätigkeit tagsüber zu und blieb auch nachts zeitweise, besonders in der Gegend von Courtecon, reg.

Westlich der Maas, in der Gegend des Chaumewaldes und im Sundgau von westlich Gebweiler bis zur Schweizer Grenze war das feindliche Feuer stark. Es steigerte sich gegen Abend zu großer Heftigkeit; im Sundgau ließ es auch nachts nicht nach. Ein größerer feindlicher Patrouillenvorstoß wurde abgewiesen.

In Mazedonien lebte zwischen Wardar und Doiran-See zeitweise das Feuer auf.

In Italien steigern sich bei den Verfolgungskämpfen n. unferer Front im Gebirge und in der Ebene vordringenden Truppen dauernd die Gefangenzahl und die Beute.

### Die Heeresberichte.

**W.B. Berlin, 7. November, abends. (Amtlich.)**  
In einzelnen Abschnitten der flandrischen Front gesteigerte Feuerstätigkeit.

Im Sundgau örtliche Kämpfe bei Ammerweiler und Heidenweiler.

In der venezianischen Ebene ist in der Verfolgung die Divisio-Linie erreicht. Mehrere tausend Gefangene.

**Wien, 7. November. (Amtlich.)**

Die Italiener sind in vollem Rückzug gegen den Piave. Unsere Verfolgungsoperationen verlaufen planmäßig. Das umfassende Zusammenarbeiten der österreichisch-ungarischen Gebirgstruppen zwang südwestlich Tolmezzo einige Tausend Italiener sich zu ergeben.

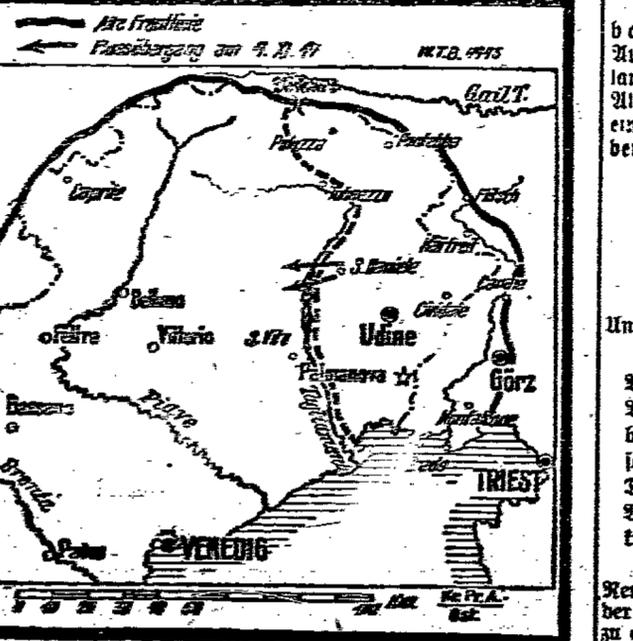
Im Osten und Albanien nichts von Belang.

### Die gegnerischen Heeresberichte.

Englischer Bericht vom 6. November: Heute morgen wurden von den kanadischen Truppen die Operationen mit einem vollkommenen Erfolg gegen die feindlichen Verteidigungsanlagen in und in der Umgebung von Passchendaele und an dem Dorf Passchendaele wurde ergriffen, zusammen mit den Weitem Maffelmatt und Goudberg. Vor Mittag waren alle unsere Ziele genommen und eine Anzahl Gefangene gemacht.

Italienischer Bericht vom 7. November. Angesichts der Schwierigkeiten der Verteidigung am Tagliamento, dessen Wasser gegenwärtig niedrig ist, verlegen wir unsere Linie nach Livinza zurück. Unser im Norden wirksam durch unsere Dedungsabweisungen und im Süden durch unsere Nachhuten gedachter Rückzug konnte sich in guter Ordnung vollziehen. Unsere Flugzeuge

## Der Flußübergang über den Tagliamento.



Unsere Kampfkraft zeigt unseren Vortritt die Stelle, an der es unsere Truppen trotz dem feindlichen Widerstand gelungen ist, den Tagliamento zu überqueren, und damit das Kampfgebiet in die venezianische Ebene zu verlegen. Empfänger

und Luftschiffe bewarfen gestern tagsüber und in der vergangenen Nacht mehrmals mit harter Wirkung feindliche Streitkräfte, die beim Wiederaufbau von Brücken beschäftigt oder dabei waren, den Tagliamento zu überschreiten. Unsere Flieger schossen vier feindliche Flugzeuge ab.

## Frankreich und Belgien.

### Italiens Mißgeschick

belegte in der französischen Senatsitzung der Außenminister Barthou. Er gedachte des schweren, schrecklichen Schlages, von dem die geliebte SchwesterNation betroffen worden sei und empfahl mit Rücksicht hierauf, die Debatte über die auswärtigen Angelegenheiten auf den 16. November zu verschieben. Dann würde Frankreich wahrscheinlich die gegenwärtigen Kriegsziele der Entente klarlegen können.

## Rußland.

### Die russische Demokratie im Kampf für den Frieden!

Ueber Stockholm wird uns berichtet: Aus Petersburg meldet das Sowjet-Bureau: Im Vorparlament beantworteten die Delegierten Dann und Tschernow die Rede Terestichenkos. Dann kritisierte die gesamte Außenpolitik der Regierung und die reaktionäre Zusammenlegung des auswärtigen Amtes. Er sagte: Die Regierung tut nichts zur Durchführung ihres Programms der revolutionären demokratischen Friedenspolitik. Wir wünschen gleich Terestichenko, daß die Pariser Delegation eine Einheit darstellt, die jedoch revolutionär und demokratisch sein soll. Der Delegierte der Demokratie wird kein Bureaucrat aus der diplomatischen Kanzlei sein; er geht nach Paris entweder als Vertreter einer von unserer gesamten Regierung angenommenen revolutionär-demokratischen Plattform oder als selbständiger Vertreter der revolutionären Demokratie. Terestichenko verschiebt geflissentlich die Hauptforderung der Konstruktion, daß alle Allianzkräfte sich zu Friedensverhandlungen bereit erklären, sobald alle Mächte auf einen Gewaltfrieden verzichteten. Wenn unsere Diplomatie die ganze moralische Autorität unserer Revolution auszunutzen versteht, wird sie auch die Kräfte finden, das Friedenswerk zu fördern. Tschernow beiprachte ausführlich die Tätigkeit in Stockholm. Er widersprach Terestichenko, daß Stockholm eine bloße Parteiliche sei. Inwiefern die russische Regierung die demokratische Friedensformel annimmt, ist die Stockholmer Friedensfähigkeit von der äußeren Politik Rußlands unabtrennbar. Weiter führte er aus: Wir bestehen auf Diskurierung der Friedensbedingungen auf der Pariser Konferenz, die öffentlich sein muß. Die Demokratie hat auch ein Recht, zu fordern, daß die Staaten, die sich demokratisch nennen, die Bahn zu einem sozialistischen Friedenskongreß frei machen. Die russische Demokratie wird niemals auf das Recht verzichten, die Sozialisten aller Länder zu einer Konferenz einzuberufen. Wir vertrauen nur jenem Teil der europäischen Demokratie, welcher für unsere Parole arbeitet. Die vorstehenden Abfertigungen Terestichenkos sind um so bemerkenswerter, als Dann augenblicklich der leitende Kopf koalitionsfreundlicher Menschewiki ist.

### Der bisherige Kriegsminister aus Rußland ausgewiesen.

Wie die Zeitungen melden, forderte die Regierung den bisherigen Kriegsminister aus Petersburg zu verlassen. General Werchowsky ist abends nach Ladoossee abgereist, wo sich ein berühmtes Kloster befindet. Die Blätter glauben, daß der Rücktritt Werchowskys wichtige Veränderungen im Oberkommando nachschieben wird.

### Großer Streik.

Im Bezirk Swanowo-Boznessensk in der Provinz Moskau, wo sich große Tuchfabriken befinden, sind dreihunderttausend Arbeiter in den Ausstand getreten.

### Rußland und Finnland.

Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur: Die Regierung kimmte den Gelegenheiten über die politischen Beziehungen zwischen Rußland und Finnland und ihrer Prüfung durch den Landtag zu. Die Gelege bestimmen, daß Finnland in seinem Gebiete mit Rußland vereinigt bleibt, aber unter eigener gesetzgebender Regierungsgewalt. Finnland ist Republik und hat seinen eigenen Präsidenten und eigenen Ministerrat. Die Minister, die sich mit den Kriegs- und Friedensfragen befassen, sind gemein am für Rußland und Finnland. Verträge mit den fremden Ländern werden durch die russische Regierung geschlossen.

### Von der russischen Flotte.

Die „Börsezeitung“ teilt mit, daß das Komitee der baltischen Flotte in Helsingfors vom Marineminister die Auslieferung der früheren kaiserlichen Sacht „Standard“ verlangte, um darauf die Bureau des Komitees unterzubringen. Als der Minister dieser Forderung nicht ent sprach, begab sich eine Gruppe von bewaffneten Matrosen nach Kronstadt, bemächtigte sich der Sacht und brachte sie nach Helsingfors.

## England.

### Eine Friedensdebatte im Unterhaus.

Die Abgeordneten Macdonald, Lee und Smith brachten im Unterhause eine Entschließung folgenden Wortlauts ein:

Das Haus ist der Ansicht, daß, wenn zufriedenstellende Bürgschaften für die Unabhängigkeit und Wiederherstellung von Belgien und auch für die Räumung der anderen besetzten Gebiete gegeben werden können, kein Hindernis errichtet werden sollte auf dem Wege zu Vorverhandlungen über den Frieden. Dieser Friede müsse die elsaß-lothringische Frage in billiger Weise regeln und eine Maschinerie schaffen, die Kriege in Zukunft verhindere.

Diese vernünftige Entschließung, über deren Begründung Neuter natürlich nichts meldet, rief Balfour auf den Plan, der meinte, nach seiner Ansicht trügen solche Erörterungen wenig zu einem ehrenvollen, möglichst baldigen Frieden bei. Der Hauptinhalt der Ausführung der vorangegangenen Redner war, daß das Land am Kriege festgehalten würde, zu dem Zweck, Elsaß-Lothringen an Frankreich zurückzubringen. Das behauptete eine vollständige Verkennung der allgemeinen Ansichten der gegenwärtigen und der vorhergehenden Regierung und des Landes in seiner Gesamtheit hinsichtlich der Kriegsziele. Anstehend würdigsten

die Friedensfreunde den Krieg solange fortzuführen, bis jedes Land demokratisiert sei. (Zustimmung, Gelächter.) Sie wünschten, daß der Krieg als Mittel gebraucht werde, um die demokratische Regierungsform auf alle europäischen Staaten auszudehnen. Macdonald führte die deutschen Sozialisten als Beweis an, daß nichts Deutschland gegen seine gegenwärtigen Feinde mehr einlege als der Gedanke, daß die letzteren beabsichtigen, ihm gegen seinen Willen eine Regierungsform aufzuzwingen, welche seine Feinde, aber nicht Deutschland zufällig bewundern. Balfour sagte weiter, er wäre einer derjenigen, die leidenschaftlich gewünscht hätten, daß die freihändlerischen Einrichtungen über ganz Europa ausgebreitet würden, aber er glaube niemals, daß es klug oder möglich für das Land sein würde, dem anderen Lande vorzuschreiben, unter welcher Regierungsform dies Land leben soll! (Zustimmung.) Smith griff die Regierung an, weil sie ihre Kriegsziele so weit spannte, daß diese jede Art von Zielen einschloßen, woran England sehr geringes Interesse hätte. Er gab dem Saale zu verstehen, er besitze glaubwürdige Mitteilungen, daß die Alliierten durch einen geheimen Vertrag gebunden seien Frankreich einen unabhängigen Staat, fastlich den deutschen Teil Deutschlands auf dem linken Rhein-Ufer auszuhandigen. Das sei ein vollständiger Unsinn. Es bestände kein detaillierter Vertrag; noch dürfte er, daß irgend solcher Vertrag bestände; es sei bedauerlich, daß Smith ein solches Argument gebrauchte, das nicht in Deutschland ohne Widerspruch wiederholt würde (Zustimmung), und das zur Grundlage hätte, daß die Ziele der Alliierten nicht diejenigen wären, die sie so laut verkündeten nämlich die Befreiung der kleinen Völker und eine möglichst baldige Schaffung eines Verfassungszustandes in den europäischen Staaten, der, wenn möglich, im Einklang mit den Wünschen ihrer Bewohner stände. Aber anerkannt der Herrschaft über die deutschen und vom Deutschen Reiches Loszureißen, war niemals das Ziel der Alliierten. Es war nicht das Ziel der Alliierten und kein Vertrag, welcher sie zusammenbindet, regte nur einen Auerblick an, daß es das Ziel wäre, wofür sie kämpfen mußten. Man könnte aus den gehaltenen Reden schließen, daß die Regierung schuldig zu dem Erfolg gekommen ist, daß von allen Kriegsziele schließlich eine besondere Einzelstellung einnehme und nicht im Zusammenhang stände mit irgend welchen anderen Kriegsziele. Natürlich wünschen wir die Wiederherstellung Europas (Zustimmung), dafür kämpfen wir zweifellos, aber nicht dafür allein, noch nimmt es unter den Kriegsziele eine besondere Stellung ein.

In der Fortsetzung seiner Rede führte Balfour weiter aus: Wir kämpfen in erster Linie dafür, daß Europa von der beständigen Drohung der Militärdiktatur in Deutschland befreit werde (Bravo!), und teils aus diesem Grunde, teils an sich, wünschen wir, die Landkarte Europas so umgestaltet zu sehen, daß die verschiedenen Völker unter einer Regierungsform leben würden, die sie wünschten und die ihrer geistlichen Entwicklung und ihren kulturellen Bedürfnissen angemessen ist. In der Fortsetzung war die Rede von Belgien. Natürlich wird jedermann in diesem Lande, ebenso wie nicht jedermann in Deutschland, damit einverstanden sein, daß Belgien vollkommen wiederhergestellt werden muß. Balfour fragte weiter, ob die Einbringer der Anfrage und ihre Partei sich nicht um die Mitregierung in Armenien und Arabien kümmerten. (Bravo!) Sicherheit könne man die Türkei nicht demokratisieren. (Seiterkeit, Bravo!) Die Antragsteller scheinen zu glauben, alle diese Dinge könnten befriedigend erledigt werden, wenn es gelingt, die europäischen Mächte dazu zu bringen, sich zu Verhandlungen um den Tisch zu setzen. Ist das geschehen, ist der Verstand? Dies wäre es, wenn Deutschland seine Zustimmung dazu geben würde, wie schon öffentlich angedeutet ist, das alte Königreich Polen in seinen Grenzen herzustellen, wie sie nach Charakter und nach Bevölkerung polnisch sind. Das wird es nicht wollen. Hat es da Zweck, darauf zu warten, bis man sich um den Tisch setzt und derartige Fragen erörtert? Die Redner sprachen heute abend davon, als hätten wir unsere Kriegsziele geändert, und als wären wir von allen Völkern dasübereinstimmend, das nicht ihre Kriegsziele bekämpfte. Das Volk, das seine Kriegsziele nicht bekannt gab, sind nicht die Alliierten, es sind die Mittelmächte. Er, so fuhr Balfour fort, legte diese Kriegsziele am Anfang dieses Jahres schriftlich nieder. Kann der Antragsteller irgend einen Punkt anführen, in dem durch die Mittelmächte gefagt ist, was sich in dieser Richtung bewegt? Die Mittelmächte wurden von Wilson aufgefordert, ihre Kriegsziele zu nennen, als Amerika noch neutral war. Sie antworteten nicht. Ihre Antwort auf die Note des Papstes beweist, daß sie nicht bestimmen können oder wollen, welches ihre Kriegsziele sind. In der Papstnote waren besonders zwei Punkte erwähnt, der eine Belgien und der andere Polen. Ueber keinen von ihnen sagten die Mittelmächte ein Wort. Weshalb taubelt man dann uns? Einer der Redner stellte unsere Kriegsziele als imperialistisch hin. Sie sind aber nicht imperialistisch. Ist es imperialistisch, Armenien von der Tyrannei der Türkei befreit zu sehen; ist es imperialistisch, Elsaß-Lothringen an Frankreich zurückzugeben zu sehen, daß Italien alle Mitglieder der römischen Rasse, Zivilisation und Sprache in sich aufnimmt und die Rumänen unter rumänischer Herrschaft und die serbische Gesamtheit unter einer großen, einheitlichen Macht zu sehen? In keinem dieser Dinge ist etwas Imperialistisches, und für die Unterhausmitglieder, die in diesem Hause sprechen, ist es ihm einer der schlimmsten Dienste zu sein, die ein Mann seinem Vaterlande leisten könnte, die amtlichen Äußerungen über Englands Ziele nicht zu kennen oder falsch wiederzugeben, da man wisse, daß eine solche falsche Weitergabe bei den Feinden in Umlauf kommen werde. Viel sei über einen Kongreß gesprochen worden, aber dessen Zusammenkommen würde in keiner Weise zweckmäßig sein, solange das Volk nicht wenigstens zum größten Teil vorher seine Zustimmung gegeben hat. Soviel er wisse, sei in allen Fällen, in denen ein Kongreß zusammengetreten und zur Entscheidung gelangt sei, diese am Ende und nicht inmitten der Feindschaften erreicht worden. Man müßte den Geisteszustand des deutschen Volkes in Betracht ziehen: Die Deutschen hätten Ansichten von der internationalen Moral und von den Rechten und Pflichten eines mächtigen Staates, die durchaus verschieden von den Ansichten jeder anderen Gemeinschaft auf Erden sind. Niemals übernahmen die Deutschen eine einzige Verpflichtung, die ihre Freiheit, einen Redendebler, den sie zu berauben wünschten, zu treffen, beschränkt hätte. Es gebe nicht einen einzigen Tag irgendwelcher Art, wenn er auch noch so feierlich geschlossen wurde, den Deutschland nicht ohne Zögern gebrochen hätte, sobald es ihm gefiel. Wenn Deutschland, sagte Balfour, aufrichtig demokratisch wird, können wir hoffen, es derselben Richtung folgen zu sehen, wie andere Völker. Aber steht dies nahe bevor? Balfour meinte, es gebe in Deutschland wahrscheinlich weite Kreise mit dem Verständnis für die Ideale, welche die öffentliche Meinung in Nordamerika, Frankreich, Italien und England beherrschten, aber diese Kreise seien machtlos. Wie könne unter diesen Umständen die Konferenz Erfolg haben? Bevor dies möglich werde, müßten die Mittelmächte, welche jetzt mit der Türkei zur Unterdrückung der kleinen Völker und zu ihrer dauernden Unterwerfung schritten, dem vereinigten England klar machen, wie weit sie dem höheren Geist der Völker entgegenkommen könnten, der die großen, freien Gemeinwesen der Erde befehle. Balfour hat das Haus, den Alliierten und Feinden mit überwältigender Mehrheit zu erklären, daß England, so groß auch die Sache der Freiheit und der Gerechtigkeit, schon gebracht Opfer seien, bereit sei, ohne Einschränkungen fortzuführen, bis seine großen, berechtigten und selbstlosen Ziele, denen es nachstrebe, endgültig gesichert seien. (Lauter Beifall.)

Nach einer kurzen Rede Asquiths, der Balfour unterstützte, erhob ein parisischer Abgeordneter, um die Aussprache fortzusetzen, aber seine Stimme ging in den Ruf: „Abstimmen! Abstimmen!“ unter.

Senator Law beantragte darauf unter betäubendem Beifall den Antrag der Besprechung, der mit 282 gegen 33 Stimmen der Versammlung angenommen wurde. Sodann wurde die Entschließung angenommen.

So wird im „freien, demokratischen“ England die Stimme der Friedensfreunde unterdrückt. Schämt sich die Gesellschaft nicht?

# Der amtliche Kriegsbericht. Ueber 250 000 Gefangene in Italien 2300 Geschütze.

## Französische Angriffe im Sundgau abgewiesen.

WB. Großes Hauptquartier, 8. Novbr. (Amtlich.)  
Westlicher Kriegsschauplatz.

Seeresgruppe Lothring Kuppel.  
An der flandrischen Schlachtfeldfront hat der Feind seine Angriffe nicht wiederholt.

Die Artillerietätigkeit blieb reger. Sie steigerte sich namentlich gegen die Abzweigungen an der Yser und bei Passchendaele. Die Stadt Digueulden lag unter heftigem Minenfeuer.

Nördlich von Poelkapelle und bei Armentieres wurden englische Erkundungsabteilungen abgewiesen.

Seeresgruppe Deutscher Kronprin.  
Im Nilettegrunde wurden aus erfolgreichem Vorstoß hundert französische Gefangene eingebracht.

Front des Generalfeldmarschalls Herzog Albrecht von Württemberg.

Im Sundgau schwoh die schon seit einigen Tagen lebhafteste Artillerietätigkeit zu beiden Seiten des Rhein-Rhone-Parals zu größter Heftigkeit an. Französische Sturmtruppen zogen am Nachmittag nördlich und südlich vom Kanal vor. Bei Amerzweiler wurde der Feind zurückgeworfen. Westlich von Seidweiler blieben vorstehende Grabenstücke in seiner Hand. Am Abend brachen wieder erneute Angriffe der Franzosen verlustreich zusammen.

Seit dem 3. November verloren die Gegner im Luftkampf und durch Flugabwehrfeuer 24 Flugzeuge. Leutnant Wiltshoff errang seinen 24. und 25. Luftsieg.

Westlicher Kriegsschauplatz.  
Bei Brody und an der Moldawa lebte das Feuer zeitweilig auf.

Mazedonische Front.  
Im Cernabogen hat sich die Artillerietätigkeit wieder verstärkt.

Italienische Front.  
Unsere aus den Gebirgsstrichen vordringenden Abteilungen brachen den Widerstand feindlicher Nachhut an mittleren Tagliamento. Dem zwischen Tolmezzo und Gemona und an dem ständigen Westigungswerte des Monte S. Simone noch ausharrenden Feinde verlegten umfassend angelegte Angriffskolonnen den Rückzug. Bisher mußten sich

17 000 Italiener, darunter 1 General, mit 80 Geschützen ergeben.

In der Ebene entwickelten sich längs der Livorno Rämpfe. Im frischen Drausgehen erzwangen sich deutsche und österreichisch-ungarische Divisionen trotz zerstörter Brücken den Uebergang und warfen den Feind westwärts zurück.

Die Gesamtzahl der Gefangenen hat sich auf mehr als 250 000, die Beute an Geschützen auf über 2300 erhöht. Der Erste Generalquartiermeister. Lubendorf.

angesichts des Schauspiel, das sie selbst der Welt bietet, von der „Freiheit und Gerechtigkeit“, die sie anderen Völkern bringen wollen, zu reden?

## Mitteleuropäische Kriegsnachrichten. Brasilien und Deutschland.

In einer Botschaft des brasilianischen Präsidenten aus Anlaß der Versenkung zweier brasilianischer Schiffe heißt es: Ich halte es für notwendig, Verträge mit Deutschland über öffentliche Arbeiten zu annullieren und neue Konzessionen an Deutsche zu verbieten und deren Erneuerung zu untersagen, eine Kontrolle über die deutschen Bank- und Geschäftshäuser einzurichten und verdächtige Deutsche zu internieren.

## Großer Brand im Liverpooler Hafen.

Wie sich verschiedene Blätter aus dem Haag melden lassen, lag dort die aus England stammende Nachricht vor, daß vor einiger Zeit im Hafen von Liverpool ein großer Brand ausbrach. Ein 2000-Tonnen-Dampfer der Cunard-Linie, mit Munition und sonstigem Kriegsmaterial beladen, geriet im Hafen in Brand und wurde schließlich durch eigene Explosionen vollständig zerstört und sank. Kurze Zeit darauf erfolgten auf drei anderen Dampfern ähnliche Explosionen. Außerdem gerieten vier große Magazine in Brand. Der Schaden wird auf 2 Millionen Pfund Sterling geschätzt. Es wird vermutet, daß irische Arbeiter die Brände angelegt haben.

## Kanadas Widerwille gegen die Dienstpflicht.

Aus Montreal wird berichtet, daß über 90 Prozent der Personen, die als dienstpflchtig eingetragen wurden, um Befreiung vom Militärdienst nachsuchten.

## Magnahmen gegen die Deutschen in Amerika.

„Daily Chronicle“ meldet aus New York vom 6. November: Es verlautet, daß die Regierung wegen der vielen Brandstiftungen und Anschläge auf Transportschiffe das ganze innerhalb 100 Meilen von der Küstenlinie gelegene Gebiet als verbotene Zone für feindliche Untertanen erklären wolle. Davon würden viele Tausend Deutsche betroffen werden. Es heißt, daß der Befehl auch auf die Küstengegend der Großen Seen ausgedehnt werden soll.

## Ein amerikanisches Patrouillenschiff verrent.

Amtlich wird aus Washington gemeldet: Das amerikanische Patrouillenschiff „Albatros“ wurde am Montag in der Kriegszone von einem U-Boot verrent. Ein Offizier und 20 Mann wurden vermißt.

## Aus Südbund und den Nachbargebieten.

Donnerstag, 8. November

Stellung, Parteigenossen: Die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei sind heute abend 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus statt. Niemand fehlt.

Eine Versammlung der Bürgerkassette findet am Montag, dem 12. November, abends 6 Uhr, statt. Auf der Tagesordnung steht folgender Senatsantrag, betreffend Verleihung des Enteignungsrechtes an die Finanzbehörde zum Erwerb des der Firma Louis Wolff zugesicherten Rechtes auf Herrichtung eines öffentlichen Börsen- und Bourseplatzes bei Stems. — Der Bürgerausschuß hat in seiner gestrigen Sitzung diesen Antrag befürwortet.

## Zur Bewirtschaftung der Milch

Schreiben die Mitteilungen aus dem Kriegsernährungsamt: Die ungünstige Entwicklung, die die Milch- und Fettversorgung der Bevölkerung seit dem Erlaß der Verordnung über die Bewirtschaftung von Milch und den Verkehr mit Milch vom 3. Oktober 1916 genommen hat, macht neue Bestimmungen zur besseren Erfassung und Verteilung der Milch notwendig, die ihren Ausdruck in einer neuen Verordnung des Staatssekretärs des Kriegsernährungsamtes und in Anordnungen der Reichsstelle für Speisezettel zu dieser Verordnung gefunden haben. Die wesentlichen Neuerungen bestehen in folgenden Vorschriften:

Die Zuständigkeit der Reichsstelle für Speisezettel erstreckt sich auf Milch in bearbeitetem und unbeeidetem Zustande und alle Bestandteile und Erzeugnisse, die durch Zerlegung oder Bearbeitung aus Milch gewonnen oder die aus Milch hergestellt werden, insbesondere also auf Sahne, Butter- und Magermilch, Sauermilch, Quark, Joghurt usw. Der Kreis der Selbstverbraucher ist nunmehr auf Angehörige des Haushalts und solche Wirtschaftsangehörige, die herkömmlich Vollmilch als Teil der Entlohnung beziehen, beschränkt. Der Vollmilchbedarf der Selbstverbraucher, sowohl für Ernährung als für Futtermittelzwecke muß in Zukunft behördlich festgesetzt werden. Die Verteilung von Vollmilch ist grundsätzlich nur noch an Kühe, die nicht älter als 6 Wochen sind, zugelassen. Für die Zwecke der menschlichen Ernährung kann ein bestimmter Teil der bei Kuhhaltungen und Molkereien anfallenden Magermilch zur Frischmilchlieferung oder zur Quarkbereitung in Anspruch genommen werden. Soweit Vollmilch über denjenigen Bedarf, der zur Befriedigung der Vollmilchverbraucher erforderlich ist, zur Verfügung steht, ist sie zu verbüttern oder, wenn die Verbütterung aus technischen oder anderen Hinderungsgründen undurchführbar ist, bei der Fettzutretung anzureichern. Die Abgabe von Vollmilch ist grundsätzlich nur gegen Karte oder anderem behördlichen Ausweis zulässig. Die Sicherstellung der Milchversorgung von Bedarfsgemeinden kann nicht nur durch die Anordnung von Landlieferungen erfolgen, sondern auch durch die Lieferung bestimmter Milchmengen an andere Bedarfsbezirke ausgegeben wird. Ferner sind die Behörden befugt, Kleinlieferungen und ähnliches im Interesse der Milchlieferung gegen Entschädigung in Anspruch zu nehmen. Der Molkereiananschluß ist da, wo die wirtschaftlichen Verhältnisse ihn zulassen, durchzuführen. Die kommunale Regelung des Milchverkehrs hat sich auf die Erfassung der Milch zu erstrecken und dieses Ziel durch straffe Organisation — Einrichtung von Milchsammlstellen, Anstellung von Revisoren und dergleichen — zu erreichen. Wo es erforderlich erscheint, können die Kommunalverbände mit Zustimmung der Landeszentralbehörden auch gewisse Beschränkungen des Verkehrs mit Ziegen- und Schafmilch anordnen. Zur Bekämpfung des Schleichhandels ist der bloße Versuch der Zuwiderhandlung gegen gesetzliche Bestimmungen unter Strafe gestellt!

Soweit der sicherlich gut gemeinte Versuch des Kriegsernährungsamtes, an den bestehenden unglücklichen Verhältnissen etwas zu bessern. Daß für die Bevölkerung viel dabei heraus kommen wird, ist nicht zu hoffen. Mittlerweile sind überall wieder Bestrebungen im Gange, um die Milch- und Butterpreise zu erhöhen. Auch in Lübeck soll demnächst eine abermalige Verteuerung dieser Produkte erfolgen. Niemand glaubt mehr an die Begründung, daß dadurch mehr Milch nach hier kommt. Die Erfahrung spricht nicht dafür. Dennoch kommt man damit immer wieder. Man bezieht sich weiter auf die höheren Milchpreise in anderen Städten, welche die Milchproduzenten veranlassen würden, nach auswärts zu liefern; deshalb müßten die hiesigen Preise steigen. Geschicht das, so erhöht man in Hamburg und anderwärts wieder mehr; dann folgen wir wieder usw. So zieht die Schraube ohne Ende an. Und die kinderreichen Familien, die Kranken und Schwachen müssen unentwegt zahlen!

## Salzlose Kost.

Infolge der Transportbeschwerden ist in der letzten Zeit in manchen größeren Städten ein vorübergehender Salzangel eingetreten. Einem dauernden werden wir nicht ertragen können. Das Kochsalz ist keine entbehrliche Würze, sondern ein Stoff, der sich in unserem Körper befindet, und den wir unserm Organismus immer wieder zuführen müssen, wenn wir nicht erkranken wollen. Man hat berechnet, daß der Mensch durchschnittlich etwa 1/2 Pfund Kochsalz in sich enthält, und daß er jährlich ungefähr 12—15 Pfd. verbraucht. Uebrigens richtet sich der Salzbedarf nach der Ernährungsweise. Je vegetarischer diese ist, desto mehr Salz brauchen wir —, desto weniger Kochsalz kommt in Frage. Daher erklärt es sich, daß Völkernationen mit vorwiegend animalischer Ernährung das Salz entbehren können, während andere wieder es zum Leben so wenig missen können, daß um des Salzes willen schon Kämpfe und Kriege auf Erden geführt worden sind.

Zu den grausamsten Strafen früherer Zeiten gehörte es, Sklaven und Gefangenen nur ungesalzene Speisen zu verabreichen. Sie gingen allmählich zugrunde. Von der Unentbehrlichkeit des Salzes reden auch Sprichwörter und Märchen.

Eine reizende Sage, deren Anfang an König Lear erinnert, und die bei verschiedenen Völkern anzutreffen ist, erzählt von einem König, der seine drei Töchter fragte, wie sehr sie ihn liebten. „Wie das Salz!“ sagte die Jüngste. Der Vater hält die Antwort für Spott und verläßt die Tochter. In dem Hause, in dem sie Unterkunft findet, bereitet sie bald darauf als Köchin ein Mahl, an dem unter anderen Gästen auch ihr Vater teilnimmt. Die Speisen sind köstlich — doch ohne alles Salz bereitet! Niemand ist sie. Da erkennt der alte König, wie recht seine Tochter gehabt hat und beginnt weinend von ihr zu erzählen. Man ruft sie herbei und die Vergebung erfolgt. Auch das Sprichwort betont die Notwendigkeit des Salzgemisches. „Salz macht Knochen“, sagt der Volksmund, oder:

## Salz und Sonnenheilmittel.

Sind der Armer Fleisch und Wein. Ja, weil das Salz zur Erhaltung des Lebens unentbehrlich ist, hat es in manchen Ländern der Sprachgebrauch an die Stelle des „täglichen Brotes“ gesetzt. So sagt man in Indien z. B. „Er ist mein Brot“ — „Er ist mein Salz“. Ebenso heißt es in Holland „Er verdankt mir sein Salz“.

Welche hochherzige reiche Dame oder Herr würde einem unbedeutenden Schriftsteller zur Veröffentlichung seines Wertes „Das Familiengeheimnis für die Welt“ verhelfen? Segen jüsten ist das alleinige Vorrecht vornehmer Seelen.

Diese Anzeige konnte man jüngst in verschiedenen vielgelesenen Zeitungen finden. Sie ging aus von einem in einer Artillerie-Verwaltung beschäftigten Schreiber, der als Schriftsteller weder bekannt noch irgendwie befähigt ist, vielmehr an hiesigen Ideen leidet und geistig nicht ganz auf der Höhe zu sein scheint. Ausgeschloffen ist daher nicht, daß der Bittsteller, der aus guter Familie stammt, sein Erbeil aber bereits verbraucht hat, sich mit den Anzeigen nur die Mittel verschaffen will, um ein angenehmes Leben führen zu können. Es muß also dringend davon abgesehen werden, auf das Bittgeschick einzugehen. Bei dieser Gelegenheit sei überhaupt darauf hingewiesen, daß alle Antikundungen, die nach Stellen ausgeben, besser unberücksichtigt bleiben, zumal in der jetzigen Zeit, wo es Arbeitslosigkeit in Fülle gibt. Wirklich Bedürftige, die sich nicht aus eigener Kraft zu erhalten vermögen, mögen sich an die zahlreich bestehenden Wohlfahrtsvereine wenden. Diese Stellen werden ihre Gesuche eingehend nachprüfen und, sofern sie für begründet erachtet werden, schon das Erforderliche vorzulegen.

Heim dich, oder...

Die auch von den Verbrauchern nicht in Abrede gestellten Mängel...

Table with 4 columns: Item, Price, Quantity, and Unit. Lists various goods like flour, sugar, and oil.

Inhalt je 2 Stk. 10.- 1.40 1 Ztr. Roggen (etwas feucht)...

Kann man sich im Bett erkälten? Diese Frage ist unbedingt zu bejahen. Eine Erkältung kann sogar nachts noch leichter eintreten...

Noch ein Pfarrr als Kurpieler. Der Zentralstelle zur Bekämpfung der Schwindelfirmen in Lübeck sind überaus zahlreiche Zuschriften zugegangen...

mittel-Vertrieb Georg Pfarrer" in Nürnberg, Ziegenstraße 54. Das Gebaren dieser Firma gleicht dem des Heumanns in wesentlichen Punkten...

Stadttheater. Infolge des großen Andrangs an den Plätzen für den III. Rang werden in Zukunft für jede einzelne Person nur bis zu drei Karten ausgegeben.

pb. Kurze Freude. In der Nacht zum 7. ds. Mis. wurden aus einer Stallung in Rothehof zwei Schweine im Gewichte von je 250 Pfund gestohlen. Die Täter hatten die Tiere an Ort und Stelle geschlachtet...

pb. Ermittelt und festgenommen wurde ein Arbeiter aus Briesenitz, der seitens der hiesigen Staatsanwaltschaft wegen Betruges heftig verfolgt wurde.

Altona. 96964 Mark Geldstrafe wegen Steuerhinterziehung. Der Pferdehändler Hermann Wolsfeld in Wandsbek wurde am 3. Juli d. J. vom hiesigen Landgericht wegen Steuerhinterziehung in zwei Fällen zu 96964,80 Mark Geldstrafe verurteilt.

vorbestraft worden ist. Er hatte stark gewässertes Milch wiederum in verschiedenen Fällen als Vollmilch verkauft.

Schwarzengel. Töblicher Unglücksfall. Auf dem Bahnhöfen der Hamburg-Berliner Eisenbahn verunglückte zwischen dem hiesigen Bahnhof und Friedrichsruh der Streckenaufseher Thde.

Kiel. „Suchet, so werdet ihr finden.“ Bei einer Revision ermittelte die Polizei größere Mengen Obst, die von den Händlern zurückgehalten worden waren.

Rendsburg. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich Dienstag morgen auf dem Bahnhofe der Kreisbahn Rendsburg-Schenefeld in Hohenwestedt. Beim Rangieren geriet der Zugführer Rohwer mit dem Fuß in eine Weiche...

Neueste Nachrichten.

Berlin, 7. November. (Amtlich.) Neue U-Boots-Erfolge im Mittelmeer: 14 Dampfer und 2 Segler mit rund 44 000 Brutto-Registertonnen. Unter den versenkten Schiffen befanden sich die bewaffneten, tief beladenen englischen Kriegsmaterial-Transporter „Hera“ (7835 Brutto-Reg.-T.) und „Collegian“ (7237 Brutto-Reg.-T.)...

Berichte der feindlichen Schifffahrt, sich mit länger werdender Dunkelheit durch Nachtfahrten unseren U-Booten zu entziehen. Mehrere der versenkten Dampfer wurden in Nachtangriffen aus ungewöhnlich stark gesicherten Geleitzügen herausgeschossen.

An den gemeldeten Erfolgen ist Deutnant zur See Steinhauer in hervorragender Weise beteiligt.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Briefkasten.

Zur dringenden Beachtung! Wir weisen wiederholt darauf hin, daß Einwendungen an die Redaktion nur dann Beachtung und Aufnahme finden können, wenn sie Namen und Adresse des Einwenders enthalten. Selbstverständlich bleiben letztere Redaktionsgeheimnis. Anonyme Zuschriften wandern ohne weiteres in den Papierkorb und das ist weder für den Absender noch für den Empfänger immer angenehm.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ sind die mit P. L. gekennzeichneten Artikel: Emil P. W. L. für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stellings. Verleger: Th. Schwan, Druck: Friedr. Meyer & Co. Gedruckt in Lübeck.

Inserate

finden durch den „Überseeer Volksboten“ in den Kreisen des wertvollsten Lesers die weitestgehende Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Überseeer Volksboten“.

Dachpfer und Blitzableiter. (Siehe 1. Kommissarverordnung vom 9. März 1917 (Güb. Anz. Nr. 114) 2. Verordnung des Polizeiamts über Meldungen über Dachpfer und Blitzableiter vom 15. Oktober 1917 (Güb. Anz. Nr. 474). Die Aufgaben der beauftragten Behörde für die Abnahme von Dachpfer und Blitzableitern sind vom heutigen Tage ab an die Baubehörde übergegangen.

Waisenhaus. Die jährliche Hausammlung für das Waisenhaus beginnt Mitte September. Die fähigen Herren J. Cartorius und P. Dickmann, welche Ausweiskarten bei sich führen, mahnen zu kommen. Seit heute 37-jährigen Bestehen ist das Waisenhaus durch reichliche Gaben erhalten worden. Wir bitten daher, auch diesmal unserer Anstalt freundliche Einbehalte sein zu wollen. Jede Gabe wird dankbar entgegengenommen, da das Waisenhaus auf die Wohlthätigkeit angewiesen ist. Dies gilt um so mehr, als infolge des Krieges die Anforderungen an unsere Anstalt ganz besonders gewachsen sind und durch die regelmäßigen Besuche nicht gedeckt werden können. Lübeck, September 1917. Die Kirchenscheide des Waisenhauses.

Bilderleisten einrahmen. Oscar Tauchnitz, Glashandlg., Fleischhauerstr. 55. Fernruf 2308. Preis 30 P. La beziehen durch: Buchh. Friedr. Meyer & Co., Johannisstraße 46.

Alle Arbeiter kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei Otto Albers Markt 4. Kohlmarkt 10. Mügl. des Rab.-Spara. Eubeca.

Feldpostbriefe 5 Briefbogen u. 5 Kuverts 15 Pfg. Feldpostkarten 10 Stück 10 Pfennig hält vorrätig Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co., Johannisstraße 46.

Rechnungs-Formulare werden hergestellt in der Buchdruckerei „Eub. Volksbote“ Johannisstraße 46. Vergrößerungen erstklassige, von 8 Mt. an. Warnke, gel. Porträtmaler, nur: St. Bauhof 11 (9476) Vertikalermaen.

Hansa-Theater. Heute abends 7 Uhr: (9474) Der Stabstrompeter.

Stadttheater. Donnerstag, den 8. Nov. 1917. Gastspiel von Arno Hoff vom Hoftheater Schwerin. Zum letzten Male: Faust.

Freitag, den 9. Novbr. 1917. Die toten Augen. Sonnabend, d. 10. Novbr. 1917. Neuheit! Neuheit! Die verlorene Tochter.

Inszeniert von L. Fald. Anfang der Vorstellungen 7 Uhr.

Der neue Kriegs-Atlas mit 52 Karten aller Kriegsschauplätze in Frankreich, Rußland, Italien und Balkan ist wieder eingetroffen. Preis 1.- Mk. Buchhandlung Friedr. Meyer & Co., Johannisstraße 46.

### Erhöhung der Löhnungs- und Unterstützungssätze.

Die Löhnung der Soldaten und die ihren Angehörigen zustehende Unterstützung haben durch die ungeheuerliche Preissteigerung auf allen Gebieten eine rapide Entwertung erlitten. Ihre Kaufkraft sinkt von Tag zu Tag. Darum hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wiederholt und teilweise mit Erfolg auf ihre Erhöhung gedrungen, und auch in seiner letzten Tagung hat der Reichstag auf diesem Gebiet eine Reihe neuer Anforderungen gestellt. Eine davon ist soeben vom Bundesrat erledigt worden, und zwar leider in ziemlich unzureichender Form. Die Unterstützungssätze für Kriegerfamilien wurden ab 1. November erhöht, aber nicht in dem Maße, wie es der Reichstag gewünscht hat.

Die neue Bundesratsverordnung vom 2. November besagt:

Die Lieferungsverordnungen sind verpflichtet, aus ihren Mitteln eine Erhöhung der bis zum 1. Oktober 1917 gezahlten Familienunterstützungen einzutreten zu lassen, die spätestens vom 1. November 1917 an zu gewähren und deren Betrag je nach den örtlichen Verhältnissen zu bemessen ist. Bis zum Betrage von fünf Mark für jeden Unterstützten werden die seit dem 1. November 1917 gewährten Erhöhungen der Unterstützungen vom Reich erstattet, und zwar zur Hälfte allmonatlich, zur Hälfte zusammen mit der Erstattung der gesetzlichen Mindestbeträge.

Der Reichstag hatte eine Erhöhung der Sätze für Ehefrauen von 20 auf 30 Mk. und für sonstige Angehörige von 10 auf 15 Mk. verlangt. Die sozialdemokratische Fraktion forderte außerdem einen Gemeindefußfuß von mindestens 50 Prozent, welche Forderung jedoch leider abgelehnt wurde. Der Bundesrat hat nun die Forderung einer allgemeinen Erhöhung abgelehnt und die Aufbesserung in das Belieben der Gemeinden (Lieferungsverordnungen) gestellt.

Erleichtert werden soll den Gemeinden der Entschluß dadurch, daß ihnen die Mehraufwendungen bis zur Höhe von 5 Mk. für jeden Unterstützten vom Reich rückvergütet werden. Es ist daher von jeder Gemeinde zu verlangen, daß sie ihren Zuschuß für jeden unterstützungsberechtigten Angehörigen mindestens um 5 Mk. erhöht. Dies wird aber in vielen Fällen noch nicht genügen; die Gemeinden müßten auf aus eigenen Mitteln etwas dazu tun, daß den Frauen und Kindern unserer Feldherren das Notwendige zum Lebensunterhalt gesichert wird.

Das polnische Bureau verendet zu dem unzureichenden Beschluß des Bundesrats einen lahmenden Entschuldigungsgeißel, in dem des langen und breiten ausgeführt wird, daß „nicht schematisch“ verfahren werden dürfe. Das ist insofern richtig, als in manchen und vielen Fällen die Unterstützungssätze, wie sie der Reichstag beschlossen hat, eben auch weder her noch hin reichen. Das gilt ganz besonders für die Fälle, in denen der im Felde stehende Mann Witwe ist und seine Kinder fremder Pflege anvertrauen muß. Von solchen Vätern sind uns aus dem Felde Briefe zugegangen, die erschütternd sind. Hier geschieht im Rahmen strengsten Rechtes entsetzliches Unrecht, Unrecht an dem Mann, der seine Kinder nicht ernähren kann und sie ohne ausreichende Verpflegung daheim lassen muß. Unrecht auch an den armen Kindern selbst. Daß solche Fälle nicht nach dem Schema z. behandelt werden dürfen, ist selbstverständlich.

Der Reichstagsbeschuß wollte auch gar kein Schema aufstellen, sondern eine Mindestleistung für die Kriegerfamilien sichern. Immerhin ist der Zweck, den er verfolgte, durch die Bundesratsverordnung wenigstens teilweise erreicht, und der Reichstag wird darauf drücken müssen, daß es nicht dabei bleibt.

Die übrigen Beschlüsse des Reichstages hatten noch der Erledigung durch den Bundesrat.

Die Militärrenten sind nach dem Mannschafsvorleistungsgesetz, dem Offizierpensionsgesetz und dem Militärerbtrentengesetz zu bemessen, daß sie für die gegen-

wärtigen Verhältnisse nicht mehr den bescheidensten Anforderungen entsprechen. Die sozialdemokratische Fraktion ist wiederholt im Reichstage für die Erhöhung dieser Renten eingetreten. Sie erhielt die Zusage, daß unmittelbar nach dem Kriege diese Gelege einer Revision unterzogen werden sollen, um eine andere Bemessung der Renten herbeizuführen. Später sind dann die Renten erhöht und die hierfür notwendigen Mittel aus einem besonderen Fonds zur Verfügung gestellt worden. Diese Regelung ist jedoch nicht befriedigend, und so hat der Reichstag das Verlangen gestellt, daß nunmehr in Rücksicht auf die lange Dauer des Krieges jetzt schon, spätestens bis zu Beginn des Jahres 1918, die Revision dieser Gelege vorzulegen ist.

In einer gewisser Verbindung damit steht die Anforderung, eine Minderung des Mannschafsvorleistungsgesetzes herbeizuführen, wonach für Unteroffiziere, die eine Kriegsdienstzeit von mindestens 18 Monaten geleistet haben, eine Erhöhung der Löhnung um mindestens 20 Prozent ihrer bisherigen Löhnung eintreten soll. Desgleichen sollen Gezeite und Gemeine nach einer Kriegsdienstzeit von einem Jahre 20 Prozent, nach zwei Jahren 40 Prozent, nach drei Jahren 50 Prozent Erhöhung der Löhnung erhalten. Dieser Antrag ist der Reichstag gefolgt.

Um dem Mißstand, daß bei der Kantinenwirtschaft erhebliche Ueberschüsse erzielt werden, zu steuern, verlangt der Reichstag von der Militärverwaltung, daß diese Ueberschüsse vermieden werden. In die Verwaltung soll einer Kommission, bestehend aus Offizieren und Mannschaften, Einblick gewährt werden. Bei einigen Truppenteilen sind diese Einrichtungen bereits durchgeführt, eine allgemeine Anordnung würde manche Beschwerte betreffen.

Ein weiteres Kapitel der sozialen Forderungen bildet ein Antrag, der schon wiederholt von den sozialdemokratischen Vertretern gestellt wurde, nämlich die Erhöhung der Invalidenrenten, die auf Grund der Reichsversicherungsordnung gerührt werden. Hier wurde ein Zuschlag von 50 Prozent zu den bisherigen Renten gefordert und für die Unfallrentenempfänger ein Zuschlag von 20 Prozent für Renten die eine Erwerbsunfähigkeit von 50-75 Prozent einschließen. Für die in ihrer Erwerbsfähigkeit über diesen Schwellenwert liegenden wurde die Hinterbliebenen- und Invalidenrentenempfänger wurde ein Zuschlag von 33 1/3 Prozent verlangt. Beide Anträge hat diesmal der Hauptausschuß einstimmig angenommen und der Reichstag ist dem Verlangen beigetreten. Durch einen Antrag des Zentrums wird verlangt, daß die hierfür notwendigen Mittel aus Staatskosten gedeckt werden. Desgleichen wurde die Erhöhung der Knappschaftsrenten für die Bergarbeiter um 33 1/3 Prozent befürwortet.

Eine weitere Forderung, die verlangt, daß aus Staatsmitteln die besonderen Anwendungen herbeigeführt werden, die bisher für das schnelle Eindringen des Brotgetreides erzielt wurden, ferner die besonderen Bedingungen, die für das Herbeiführen der Kartoffeln, wofür 50 Mg. pro Zentner bis zum 15. Dezember in Betracht kommen, sind ebenso Zustimmung wie die Anforderung, daß allgemein die hohen Lebensmittelpreise durch Subvention der Reichs- und Gemeindegemeinden und der Einzelstaaten herabgedrückt werden sollen. Soweit diese Ansprüche für Brotgetreide und Kartoffeln geltend gemacht wurden, ist damit zu rechnen, daß ihnen stattgegeben wird. Für Kartoffeln ist bereits die Abholung im Gange.

Im Menum ist erklärt worden, daß diese Ansprüche insgesamt eine jährliche Belastung von rund zwei Milliarden Mark zur Folge haben. Wenn auch die Summe, die hier in Betracht kommt, sehr erheblich ist, so kann sie bei den Mehrausgaben, die heute das Reich zu leisten hat, nicht mit dem Hinweis auf die hohe finanzielle Belastung abgelehnt werden. Die Rentenfrage selbst, die hier in Frage kommen, bleiben immer noch in sehr bescheidenen Grenzen und ermöglichen ohne eine Zubuße von anderer Seite kein Auskommen.

### Politische Rundschau. Deutschland.

#### Ein Militärist für Abrüstung.

Der Kriegshistoriker der Berliner Universität, Professor Hans Delbrück, glaubt an die Notwendigkeit der Abrüstung wegen der besonderen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse nach dem Kriege. Er schreibt in den „Preussischen Jahrbüchern“:

„Ich bin für die Abrüstung, weil erstens, wenn sie nicht kommt, die wirtschaftlichen Lasten jetzt in der Tat sehr groß werden müssen. Die Kosten selbst werden sehr viel größer sein als vor 1914 und die Volkswirtschaft ist ohnehin mit der Verzinsung der Kriegsschulden schon fast überbürdet. Ich bin zweitens für die Abrüstung, weil ich hoffe und glaube, daß der Krieg am Schluß Verhältnisse schaffen wird, die auf lange hinaus sich friedlich erhalten lassen und erhaltenswert sind. Ich bin drittens für die Abrüstung, weil Deutschland bei gleichmäßiger Einschränkung aller Staaten zu Lande und zu Wasser weniger bedrückt ist als andere und deshalb der Welt die Wohltat nicht versagen darf.“

Dieses Bekenntnis zur Abrüstung ist deshalb besonders eindrucksvoll, weil der Verfasser gegen die grundföhligen Pazifisten lebhaften Widerwillen hegt und den Krieg als eine motorische Kraft der menschlichen Entwicklung feiert.

#### Die polnische Frage noch nicht gelöst.

Der „Voll. Ztg.“ werden die Meldungen mehrerer Berliner Blätter über ein abshließendes Ergebnis der Berliner Verhandlungen, wonach Kaiser Karl zum König von Polen und Kaiser Wilhelm zum Herzog von Kurland und Estland von Czaaren proklamiert werden sollten, ausdrücklich als unrichtig bezeichnet. Tatsache scheint zu sein, daß die Besprechungen über diese Punkte, und zwar über die polnische Frage besonders, ohne endgültiges Ergebnis gechllossen worden sind.

Die maßgebenden Stellen sollten, wollen sie nicht den Verdacht des verkappten Annektionismus auf sich aben; und damit unseren Gequern neues Material liefern, auf die Erörterung dieser Fragen verzichten.

#### Die Sozialdemokratie für Völkerverfrieden.

Reichstagsabg. Genosse Meerfeld aus Köln sprach in drei sehr stark besuchten Versammlungen in Eßlingen, Fellbach und Zuffenhausen im Württembergischen über „Verständigungsfriede oder Machtfriede“. Die Versammlungen stimmten den Ausführungen gegen das kriegsverlängernde Treiben der Alldeutschen demonstrativ zu. In Eßlingen traten unsern Redner ein annerkennungswürdiger Geistlicher und eine alldeutsche beeinflusste Dame entgegen, welche beiden unser Redner unter lautem Beifall die Unhaltbarkeit ihrer Gegenstände nachwies. — Am vergangenen Sonntag sprach Meerfeld im überfüllten Saal in Böttrop i. Westf. Die 7-800 Bergleute bekräftigten ihr Einverständnis mit seinen Ausführungen durch starke Zustimmungsgedungen.

### Als Zivilist an der Front.

Ein Dessauer Genosse hatte im letzten Sommer Gelegenheit, mit sieben andern Zivilisten ein Stück der russischen Front — Binn und die Gegend südlich davon — zu bereisen. Von dem Gesehenen, Gehörten und Empfundnen veröffentlichte er im Dessauer Parteiblatt einige Skizzen, aus denen wir die folgenden hier wiedergeben:

#### Nach Rußland hinein.

Immer mehr zeigt es sich, daß der Vernichtete Krieg im Lande gehaßt. Die zersetzten Waldstätten, die verrosteten Drähte nehmen Riesendimensionen an. Zerfallene und abgebrannte Häuser sind nichts Seltenes. Gesprengte Brücken, vernichtete Bahnhofsanlagen — sehr oft wiederholt sich das Bild. Der Kulturvernichter hat seine Arbeit getan. Er versteht sein Handwerk, das muß man ihm lassen.

### Die Gloden von Krummfeisenbach.

Erzählung von Wilhelm von Polenz.

1. Fortsetzung.

„Unterwerfen Sie sich dem Urteil, Krumad?“ fragte der Richter zum Schluß.

Der Bauer blieb die Antwort schuldig; er sah und hörte nicht mehr, was um ihn her vorging. Nur eines erfüllte ihn ganz: er war zu einem Jahre Gefängnis verurteilt.

Durch Erbschaft war Christlieb Leberecht Fürstgott Krumad in den Besitz von zwei großen Bauerngütern gekommen: so war er der größte Grundbesitzer in seinem Dorfe geworden. Sein Gut übertraf manches Rittergut an Umfang.

Der Krumadbauer war schon seit Jahren verwitwet. Anfangs, nach dem Tode der Bäuerin, ging er auf Festivals; aber es war nichts daraus geworden. Keines der Frauenzimmer, die er sich besah, hatte gepaßt. Etwas hatte immer gefehlt: entweder waren Körpergröße und Gesundheit nicht in gewünschtem Maße vorhanden gewesen, oder es hatte mit dem Reichtum gepaßt. Diese drei Eigenschaften nämlich verlangte der Großbauer unbedingt. Stattdessen gewachsen, lernauch und reich mußte das Weib sein, das bevorzugt sein sollte, mit ihm Tisch und Bett zu teilen. Auf ein hübsches Gesicht legte er weniger Wert; davon hatten ja andere Leute schließlich ebenfalls, wie er. Nein, er verlangte Eigenschaften, von denen der Bauer wirklich was hatte. Einen Puff mußte sie vertragen können, so wie seine Seltige, die bis zu ihrem Tode niemals geklagt hatte. Er hatte sich im Stillen oft selbst gewundert, wieviel so ein Frauenzimmer auszuhalten imstande ist. Krumad hätte darum am liebsten eine Witfrau geheiratet; die Sorte hatte doch schon was mitgemacht, war nicht gar so hiefig und zimperlich wie die Jungfrauen. Verstand und Gemüt hingegen fielen nicht schwer in die Waage für ihn; denn dumm waren die Weiber nun doch mal alle, und ob eine zänklich und widerhaarig, das ließ ihn gleichgültig. Er war noch mit jeder fertig geworden. Aber eines mußte sie haben: Geld! Ohne Vermögen zu heiraten, das wäre dem Krumadbauer wie eine Entwürdigung vorgekommen; er mußte, was er sich und seinem Besitze schuldig war.

Und da er jowiel Tugend und Segabung, in einer Person vereint, nirgends hatte aufreiben können, war der Großbauer von Krummfeisenbach Witwer geblieben.

Er besah aus seiner Ehe drei Töchter und einen Sohn. Die Mädels waren, als Töchter des reichen Krumadbauern, abgesehen wie die warmen Semmeln und sahen jetzt gut versorgt in der Nachbarschaft, an Bauernsöhne verheiratet. Allein das jüngste Kind, der Sohn, lebte noch im Hause des Vaters.

Die Hand des Alten lag schwer auf Hermann. Den herfürlichst bewachtener Krumadbauer verdrück es, daß der Junge so klein und

schmächtig. Die Krumads waren, so lange man denken konnte, immer Kreis von seinem Söhlge gewesen. Aber mit dem hier schien überhaupt nicht viel los; ersienmal war er so spät gekommen, nach drei Mädels erst. Und dann war er von Geburt an so ein „Stierfing“ gewesen. Zur Wehr gegen seinen Vater hatte sich Hermann noch niemals gesetzt, so wie Christlieb Leberecht Fürstgott es doch seinerzeit genau gegen den feintigen. Denn das war in dieser Familie ein allhergebrachter Brauch: Vater und Sohn mußten ihre Kräfte — ähnlich wie ein alter und ein junger Hahn auf dem Hühnerhofe zu kämpfen pflegen, bis der Ältere sich überlegen muß, daß für ihn die Zeit gekommen, der jüngeren Kraft Platz zu machen. In dieser Weise zogen sich die Krumads erst nach christlichem Kampfe ins Leibgedinge zurück.

Mit Hermann war das ein ander Ding. Er lernte gut auf der Schule; was vor ihm auch noch niemals ein Krumad getan hatte. Daran, sich mit den Jüngsten sein Recht beim Vater zu holen, dachte er nicht. Er duckte sich vielmehr beiseite unter das Regiment des Alten.

Aber nicht bloß in eigenen Hause herrschte der Krumadbauer als unumschränkter Herr und Gebieter, auch in Dorf und Gemeinde war er tonangebende Persönlichkeit.

In Begelegen, in Steuerfragen, in Armenangelegenheiten, in Kirchendingen fiel sein Auspruch gewichtig in die Waagschale, wie es dem Worte eines Mannes zum, der den vierten Teil der Gemeindegaben allein zu tragen hatte.

Der Krumadbauer besah den Willen und auch die Gabe zum Herrschen. Vor allem half ihm darin eine Maxime, die er kein ganzes Leben hindurch befolgt hatte; wurde er um seine Meinung gefragt, oder ging man ihn um irgendwas an, dann sagte er: „Nein!“ Beim „Ja“ sagen hatte er noch nie etwas Gutes herauskommen lassen. Nur nichts zugeben, nur nicht sich zurecht, oder gar sich überzeugen lassen! Wenn man jemand etwas gab, das man nicht geben mußte, dann war man ein Fiel; dies die Quintessenz seiner Lebensweisheit.

So hatte der Großbauer in Krummfeisenbach geherrscht manches Jahr hindurch, ohne nennenswerte Opposition zu finden; was sich davon etwas gegen ihn hervorzuheben hatte, war schnell und gründlich niedergeschlagen worden.

Das wurde anders, als an Stelle des alten Pfarrers, der bis dahin in Krummfeisenbach amtiert hatte, und der für endlich wegen Kränklichkeit emeritieren ließ, ein jüngerer Herr kam. Der neue Geistliche überrte mancherlei auf, was der Reform bedürftig erschien. Wenn er nur irgendeinen Vorschlag zur Besserung vorbrachte, fand er bei den Wörtern des Ortes wohl für einbar willige Ohren, sobald es aber zum Bewilligen kommen sollte, ließ er auf Widerstand. Der Führer dieser Opposition, das erkannte er bald, war kein anderer als der prokige, alte Krumad, von dem die Dorfleute in jünger Ehrfurcht nie anders als vom „Großbauern“ sprachen.

So ähnlich sollte es auch jetzt wieder gehen, als der Pfarrer vor dem vereinigten Gemeinde- und Kirchenrat von Krummfeisenbach um ein neues Glodenspiel für den Kirchturm petitionierte.

Der junge Geistliche hörte seinen Wunsch zu erreichen, wenn er die Leute bei der Ambition packte. Die Krummfeisenbacher waren nämlich nicht wenig eingebildet auf ihren Ort und seine Einrichtungen. Es schien daher nicht über erdacht, wenn man ihnen noch nicht, sie hätten es nicht auf sich sitzen lassen, die jahrelangsten Gloden von allen Kirchspielen in der Umgegend zu haben. Auch noch in anderer Weise wollte der neue Hirte seinen Vorschlag schmackhaft zu machen. Die alten Gloden sollten mit angegeben werden. Vielleicht würde auch ein hohes Landeskonistorium einen Beitrag gewähren. Für die Musikalischen unter den Dorfvätern erwählte er so nebenbei, daß man ein schönes Geläute, auf As-Dur gestimmt, schon im Gewichte von zwölf Zentner bekommen könne, während das jetzige As-Dur-Geläute ganze zwanzig Zentner wiege. Man profitiere also bei diesem Wechsel am Anschaffungspreise.

Nachdem er so das Gesichtliche und Technische dargelegt, wandte sich der Geistliche nunmehr der idealen Seite der Sache zu. Er schilderte schungvoll, wie erhaben es sein werde, wenn am Sonntagmorgen die neuen Gloden hoch vom Turm herab die Gemeinde zum Kirchgang rufen würden, wie feierlich und ergreifend, wenn bei Begräbnissen die Sterbeglocke ertöne, wie frohlich, wenn bei Trauungen die große Glocke angeschlagen werde, oder wie festlich, wenn am Palmsonntag während der Einsegnung der Konfirmanden mit allen drei Glöden gleichzeitig geläutet würde. Und nun gar das Gedächtnisläuten im Dreiflangafford nach der Predigt zur besonderen Ehrung eines Dahingegangenen!

Aber auch diesmal erfuhr der Pfarrherr eine Enttäuschung. Als er seinen Vortrag beendet, herrschte lange Zeit Stille, dann räusperte sich der eine und der andere der Wäter, man bläute auf den Großbauern, ehrfürchtvoll abwartend, was der wohl zu der Sache sagen werde.

Christlieb Leberecht Fürstgott Krumad stellte die geschlossene Faust vor sich auf den Tisch, dann seine Finger betrachtend und mit starrem Blick, als rede er zu diesen, begann er: man sei bisher zufrieden gewesen in Krummfeisenbach. Es sei auch bisher alles gut gegangen, und so würde es wohl auch noch weiter gut gehen, trotz des neuen Pastors. Er für seine Person gehe zur Kirche an jedem Sonntage, ob neue oder alte Gloden, das sei ihm ganz egal. Die alten hätten's so lange verjort und würden ihm wohl noch aushalten; was nach seinem Tode werde, das sei ihm dann gleichgültig. Aber bei seinen Lebzeiten würden keine neuen Gloden angeschafft, jowiel sage er.

(Fortsetzung folgt.)

Aus Deutschland heraus — nach Rußland hinein! Täuschen die Augen? Welcher Unterfahel! Die Wege und Chaussees voller Schmutz, kaum passierbar. Je weiter man kommt, desto schlimmer. Die Wohnhäuser der Menschen gleichen, von außen betrachtet, den Ställen in deutschen Dörfern. Auch innen ist es — nach unsern Begriffen — Ställe für das Vieh. Und der dortige Mensch fühlt sich wohl darin — wenn nur der Krieg nicht wäre! Wie ist es möglich, daß nur die Grenze so trasse Unterschiede in der Zivilisation scheiden kann?

### Im Schützengraben.

Zivilisten? Was bedeutet das? Bringt Ihr den Frieden? Dann seid willkommen! Bei den meisten sprechen's die Augen, bei einigen der Mund. Und wir? O, wenn wir das könnten! Wenn wir so allmächtig wären! Wir Zivilisten sind so ohnmächtig dem Kriegsgewalt gegenüber wie ihr Soldaten. Wir müssen ebenso stillhalten wie ihr, bis der Drache seinen Blutdurst gestillt hat. Bis auch die andern jenseits der Grenzen erklären: Es ist genug!

Wie kunstvoll hat die Menschenhand und das Menschenhirn hier gewaltet! Der Spaten und die Schippe waren die Helfer. Einem Labyrinth gleicht das Grabenystem an der einen Stelle. In der andern ist es einfacher. In immer anderer Ausführung ist gebaut worden — den Verhältnissen des Bodens, der Lage, des Waldes, derumpfinden, der Wassergräben und Flüsse angepaßt. Jeder Mann ist ein Erdarbeiter, zum Zimmermann und Tischler geworden. Und Bauleiter sind auch überall. Unterhände und andere Bauten werden täglich ausgebeißert und neu aufgeführt. „Täglich“ stimmt allerdings nicht ganz — „nächtlich“ ist wohl richtiger. Denn meistens kann nur nachts gearbeitet werden, weil der Feind das Bauen nicht merkt. Trotz der „Ruhe“ würde er störende Feuergrüße senden.

Die Wohnräume der Höhlenbewohner, wie man unsere Soldaten hier kennen kann, zeugen von Geschick und Kunst. Jeder versucht, durch äußere und innere Ausschmückung dem Aufenthalt in der zweiten Heimat sein Kobes und Kalkes und Kalkes zu nehmen. Die weiße Birke hat sich überall in den Dienst der guten Sache gestellt. Was ist nicht alles aus ihr geschnitten und gegemert worden! Wie anheimelnd sieht manches von außen aus! Und wie manches erinnert innen an die ferne Heimat, an die wirkliche Heimat, da die Lieben wohnen — die Frau und die Kinder, die Eltern und Geschwister und die andern alle, an denen das Herz hängt!

Von kunstvoll angelegten und verdeckten Vorstellungen, Kampfunterständen, Planwendungen usw. darf die Feder keine Beschreibung geben. Der Laie ist erkrankt über so wechselvolle Ausführungen. Wenn all die Arbeit, die Organisation, die technische Leistung für Friedenswerke daheim hätte angewendet werden können — welche Kulturwerke und -werte wären damit geschaffen worden! Von den Beobachtungseinrichtungen auf Bäumen und in Gräben, den Alarmeinrichtungen und andern kann ebenfalls nur erwähnend gesprochen werden.

So viel vom Schützengraben — wenn Ruhe herrscht. Wenn der Kampf tobt, steht er anders aus. Das — fühlt man, das jagt uns die Umgebung, die Luft und — wenn man will — auch die Kämpfer im Graben. Die Kämpfer, denen die Heimat so viel verbannt.

### Das Schloß am See.

Trog Sumpf und Sand und undurchdringlichem Walde gibt es Stellen, die landschaftliche Schönheit und Reize in Fülle bieten. In solchen Stellen hat der volkliche Adel sich festgesetzt. Hier hat er sein Schloß gebaut und mit allem Komfort ausgestattet. Weithin leuchtet die weißgelbe Farbe der massiven Steinbauten durch die Waldlichtungen, über den großen See. Merkwürdig — während sonst alle Bauten von Holz und Lehm ausgeführt sind, mit Stroh- und Moosdächern, steht jetzt ein Gebäude vor uns mit dicken Steinmauern und Schieferdach, mit Säulen und Freitreppe. Ein Märchenloß, in herrlicher Umgebung — so heißt es sich von ferne vor. Und auch in der Nähe und im Innern erinnert es uns an das Schloß in untern Märchenbüchern. Die Räume zeugen davon, daß Herrschaften darin gewohnt haben, die reich gewesen und im Pracht und Verherrlichung gefastet konnten. Jetzt haben diese Herrschaften ihre Märchenstühle verlassen. Jetzt weilen sie fern vom Kanonendonner und leben von ihren Reichthümern. Die zurückgebliebenen Bevölkerung aber, die an Hof und Haus gebunden ist, die keine Reichthümer zu verschleppen hat, muß den Glanz des Schloßes auskosten bis zur Reize.

In den höchsten Räumen des Schloßes arbeitet und lebt jetzt der Divisionsstab mit seinem Anhang. Er hat ein behagliches Unterkommen gefunden. Der Ausblick auf den herrlichen See, in dem die Sonne sich spiegelt und das purpurne Abendrot, löst die Gedanken abzuweifen von der Kriegszeit auf die Schönheit der weiten Welt.

### Bei den Mannschaften.

Welche Stimmung die Mannschaften befeelt, wie zure Gehörten, eure Freunde, eure Kameraden da drängen denken und reden, wolle ich wissen? Das Glimmen der Reize hat leider nicht viel Gelegenheit gegeben, diese Stimmung zu erschauen. Die militärische Sprache kennt nicht viele Worte. Insbesondere in Gegenwart der Vorgesetzten ist der deutsche Soldat kurz und bündig, fast verknüpfen. Das einzige der Teilnehmer der Heilgeheißheit ihrer Bedürfnisse, Gelegenheit zu ungeschwungenen Gesprächen mit den Mannschaften zu haben und zu finden Rechnung getragen haben, wird man verstehen. Von solchen Gesprächen einige Aufzeichnungen. Grundstimmung überall: Frieden! Selbstverständlich! Frieden wollen sie, Frieden, nichts anderes. Mander hat freilich angefügt: Nicht um jeden Preis. Drausgänger, die aus Auf am Kriege noch recht lange ihr jetziges Leben führen möchten, die gibt es nicht. Kriegsbegeisterung ist nirgends zu finden. Die Sehnsucht nach dem Frieden, nach der Heimat ist riesengroß und allgemein. Auch die Offiziere teilen sie. Aber man weiß, daß zum Friedensleben zwei gehören, und daß der Partner noch nicht will.

Die Verlegung? Knapp ist sie geworden! Dort vor allem heißt! Den ganzen Tag im Freien, in Bewegung, bei der Arbeit, auf dem Marsche, im sonstigen Dienste, da braucht der Körper Brot — mehr Brot. Ihr zu Hause habt allerdings noch weniger, eure Aktion ist noch kleiner. Ihr haltet aus, mühen wir's wohl auch. Es ist nicht mehr da — das heißt jeder ein und — hofft auf die neue Ernte und den Frieden. Kein ungehalten und mit deutlicher Deutlichkeit ist die drallische Sprache des Feldarbeiters von denen, die noch mehr als genug zu essen haben, von Bauern und Wärdern, die im Kriege reich werden. Warum nicht nicht herausgeschickt werden an die Front, trägt ein Mann mit ganz weilerem Bart und Haar. ... Vom Stiele kommt das Gespräch auf das Kriegsgeld. Manche sind damit zufrieden. In andern Stellen wird geklagt. Es ist doch reichlich! Das haben, doch zu dann, brütet die Antwort. Der Gehalt macht's, sagt ein Gewisster. Die Superie ist wohl schmecken — freilich nicht immer — aber sie hält nicht vor. Die Köbe verheeren ihre Sache. Sander sind sie und die Köben ebenfalls. Hiermit wird überall großer Wert gesetzt.

Wie die Wohnungen sind? Nicht überall gleich natürlich. In den Städten stehen sie und dunkel und feuch — aber wir sind an der Front, sagt ein Soldat. Das läßt sich nicht ändern. Und im Hinterland haben wir auch in der Heimat nicht geschlafen. In einer Stelle beklagen sich die Leute, daß ihr Wohnunterstand aus jedem Regen einem Brandbad gleiche. In den südwestlichen Gegenden, in den Waldlagern sind hübsche Holzräume errichtet. Leichte Holzbauten, die gute Unterkunft geben. Und die Beschäftigung? Nicht alle Vorgesetzten leben in dem gewöhnlichen Sinne des gewöhnlichen Menschen. Den Menschen mit menschlichen Gefühlen und menschlichen Schwächen, mit menschlichen Sorgen und Stolz. Sie sind erpogen in einem Grade der Dignität, der nur Gehörtem, Unterordnung kann und keinen Widerstand. Der Krieg hat das Subjekt und das Objekt der militärischen Erziehung allerdings erheblich näher gebracht. Die beiden Teile gehen mehr und mehr ineinander auf, je näher die Front ist, je enger die Situation wird. In Schützengräben, in lebenden Kampf ergraben sie sich zu einem Ganzen. Der aus

draußen im Soldatenheim diesen Gedanken entwickelt, versteht, die Mannschaften und Vorgesetzten genau zu kennen und auch den Militarismus, dem er drei Kriegsjahre gedient hat. Seine Logik finden wir beständig. In den Schützengräben ist der Ton liebevoller, der Verkehr und die Sprache wärmer als weiter hinten. Ueber schlechte Behandlung hat keiner geklagt, über Anstrengung aber und teilweise Rücksichtslosigkeit mangel.

Die Disziplin steht den Soldaten tief in den Gliedern. Das sieht man überall. Der 45jährige Landsturmann grüßt respektvoll den 20jährigen Leutnant, der sein Sohn sein könnte. Er steht stramm vor ihm, wenn dieser mit ihm spricht. Er schnell auf von der Britische in seinem Unterstand, wenn der junge Mann, der Offiziersuniform trägt, herinkommt. Er bleibt in strammer Haltung, so lange der Offizier in seiner Nähe verweilt. Als Zivilist steht man verlegen dabei und bekommt beim Ansprechen nur knappe militärische Antworten, manchmal auch gar keine. In der Krankenanstalt daselbe Bild. Abgesehen von den Bettlägerigen, knallt alles empor und steht unbeweglich neben dem Bette. Das sieht nicht so aus, als wenn ebenbürtige, gleichberechtigte Menschen miteinander reden. Der deutsche Soldat ist oft ein sehr gebildeter Mann mit Selbstbewußtsein und Menschenwürde. Auf den Laien macht deshalb die obige Aeußerung der Disziplin einen peinlichen Eindruck.

### In Gräbern und Friedhöfen.

„Mühsüß und fern von der Heimat mußt ich ihn hier begraben, während noch die Jugendlocken seine Stirn stolz umgaben.“ Wie viele sind's, die in Rußlands Erde gebettet wurden! Wie oft zeigt ein Kreuz am Wegesrand, am Wald, am dem Felde die Stelle an, wo die Mutter Erde die Söhne des Volkes in ihren Schoß aufgenommen hat. Sie kennt keine Feinde, die gute Mutter, sie kennt nur — Menschen. Sie nimmt sie alle auf mit gleicher Liebe und deckt sie zu mit gleicher Liebe, daß der Lärm des Tages und der Streit der Lebenden sie nicht störe in ihrer Ruhe. Die Mutter Erde liebt die Wälder alle, die auf ihr wohnen, sie nährt und kleidet sie in gleicher Weise. Die Wälder selber aber haßen sich. Sie jagen Phantomen nach. Sie gehören dem eisernen Zwange und führen vernunftwidrige Kriege. Sie sinken ins Grab und ruhen aus neben den andern, den — Feinden.

Hier ruht ... Des Kreuzes kurze Inschrift beginnt so überall. Der folgende Name sagt den trauernden Lieben, daß hier der Jüngling ruht. Nicht alle Kreuze weisen Namen auf. So mancher Gefallene mußte, von niemand genannt, eingeebnet werden. Als Namenloser schlief er den ewigen Schlaf. Daheim aber lebt auch er fort im Gedanken der Seinen. Gerade er, der als „vermißt“ gemeldet, lebt fort, weil manches lebende Herz lange Hoffnung auf seine Wiederkehr hegt — Hoffnung, die begraben liegt.

Der Helm des begrabenen Kriegers ist hier und da auf dem Kreuze zu sehen. Liebesvolle Pflege lassen die Gräber meistens erkennen. Umgeben von weißen Birkenstämmen, geschnitten mit Blumen, bieten sie dem Beschauer ein freundliches Bild. Ein Bild der Ruhe und des Friedens. Die da unter der Erde liegen, haben Ruhe und Frieden. Sie sind erlöst von den Qualen und Leiden der Menschheit. Die Lebenden aber müssen weiter streiten und leiden, bis der Frieden gekommen und damit die Erlösung. Bitterkeit deckt manchen von ihnen bis dahin auch schon der grüne Regen — wer weiß?

Die Gräber der toten Russen sind erkenntlich an dem schrägen Kreuz. Auch sie werden gepflegt von liebender Hand.

Die Soldatenfriedhöfe an Stellen, wo heftig gekämpft, wo Massen gefallen sind, oder in den Lagern und Ständen, wo die Verletzten und Erkrankten gestorben, sind gärtnerische Schmuckanlagen. Die Ruhe des Todes liegt über den Hügel. Wir entdecken die heiligen Stätten nicht durch Fragen und Antworten. Still und anstandslos heben wir da und empfinden die Mahnung, die aus den Gräbern steigt: Vergiß nicht, wofür wir den Tod erlitten. Sorgt für unsere Frauen, unsere Kinder, unsere Eltern. Sorgt, daß sie ein freies, wahres Vaterland haben. —

### Aus der Partei.

Schmutzige Kampfwiese. In einer Leipziger Versammlung der Unabhängigen hatte Reichstagsabgeordneter Geyer behauptet, die Sozialdemokratie habe schon zuvor Kenntnis von dem Plan des Reichstagsabgeordneten Dr. Michaelis gehabt, die Unabhängigen mit ausnahmslosiger Behandlung zu bedrohen. An der Hand des Stenogramms über die Reichstagsitzung vom 10. Oktober hatte darauf die „Chemnitzer Volkstimme“ ihn nachgewiesen, daß diese Verleumdung wider besseres Wissen ausgesprochen worden sei. Demgegenüber hat die „Leipziger Volkszeitung“ sich auf eine Anbeugung der „Kreuzzeitung“ berufen, die Geyers Behauptungen nicht zu bestätigen. Nachstehende Sachverhalte und Ebert in einer Zuschrift an das Chemnitzer Parteiblatt, daß sie es ablehnen müßten, auf so gereizte Unterstellungen auch nur mit einem einzigen Worte zu erwidern. Das einzig Wahre an der ganzen Geschichte sei, daß sie nach einer Behauptung der Wilhelmshavener Vorgänge verlangt hätten, man möge eine lebhafte Mitteilung über das Vorgefallene an die Presse geben. Von irgend einer Bezugnahme auf die unabhängige sozialdemokratische Partei war dabei nicht mit einer Silbe die Rede. Die Verdächtigungen der „Leipziger Volkszeitung“ werden als gewerbsmäßige Verleumdung derb zurückgewiesen.

### Soziales.

Die Lebensversicherungen in der Kriegszeit. Das private Versicherungsunternehmen macht auch während der Kriegszeit andauernd gute Geschäfte. Bei den 45 neuanzunehmenden Lebensversicherungs-gesellschaften Deutschlands liegt die Prämienannahme von 672 Millionen Mark im Jahre 1915 auf 700 Millionen Mark im Jahre 1916. 42 der Gesellschaften, deren Abfälle vorliegen, erzielten einen Ueberschuß von 190 Millionen Mark. Davon wurden den Versicherten 100 Millionen Mark als „Gewinnanteile“ ausgeschüttet, während der Rest an die Unternehmer oder Aktionäre zur Aufstellung gelangte in der Form von Dividenden usw. Außerdem wurden 34 Millionen Mark an Tantiemen und Vergütungen für Vorstände und Aufsichtsräte gezahlt. Der Ueberschuß an lebenden Policen ist bei den 45 Gesellschaften um eine Kleinigkeit zurückgegangen und zwar von 12,1 auf 12,0 Millionen Mark. Das hat in der Hauptfache seinen Grund darin, daß infolge Rückzahlung von Beiträgen, namentlich von Kriegsteilnehmern, zahlreiche Versicherungen verfallen sind, und zwar bei der „Victoria-Wohlfahrt“ 22 244 mit 10,0 Millionen Mark, „Victoria“ 25 771 mit 7,5 Millionen Mark, „Duna“ 16 997 mit 2,5 Millionen Mark Versicherungssumme usw. So gewaltige Abgänge konnten durch Remissionen nicht ausgeglichen werden. Der Verfall der Policen geschieht meist vollkommen ohne Entschädigung der Versicherten, weshalb der Reichstag schon beschlossen hat, dafür zu sorgen, daß die Versicherungen nach Schluß des Krieges wieder in Kraft gesetzt werden können. Dessenwegen mühen sich aber die versicherungsrechtlichen Gesellschaften sehr. Bei den guten Geschäften aufzuweisen, die sie erzielten, wirkt dieser Widerstand geradezu aufreißend. Die Volkshilfe für die ihre Mitglieder bei Verfall von Versicherungen weitgehend vor Schäden zu schützen, ist charakteristisch des Reiches der Posten (1913) auf neunste Stelle gestellt. Sie nahm im Jahre 1916 um über 20 000 Einzelversicherungen zu. Im Jahre 1916 betrug ihre Einnahme an Prämien 1 337 333 Mark.

### Ernährungsfragen.

Gegen die Preistreiber! In der Hamburger Stadtmagistrat wurde, wie wir gestern bereits mitteilten, Harter Protest gegen die von Reichs wegen beschlossene Erhöhung der Getreidepreise erhoben und das Vorgehen der Reichsregierung als Staatsverbrechen und als unerbittliche Ausbeutung des Volkes bezeichnet. — Auch im Städte-

magistrat Augsburg wurde gegen die ebenfalls ungerechtfertigte Erhöhung der Butter- und Milchpreise scharfer Protest erhoben und gleichzeitig festgestellt, daß die Erzeuger eine Preissteigerung gar nicht verlangt hätten. Es wurde darauf hingewiesen, daß es für zahlreiche kleine Existenzen nicht mehr möglich sei, den wirtschaftlichen Kampf durchzuführen.

### Aus Nah und Fern.

Eine Naturfellei. Durch Zufall war in Lengfeld im sächsischen Erzgebirge bei einem Kunst- und Handelsgärtner eine Kartoffel in ein Frühbeet gekommen. Man ließ sie stehen und weiter wachsen. Die Pflanze entwickelte sich sehr schnell in ganz außerordentlicher Weise. Es bildeten sich neue Seitentriebe, und schließlich nahm der Kartoffel ein Flächenraum von reichlich fünf Quadratmeter ein. Der Hauptstengel war gänzlich verholzt und zeigte strauchartige Form. Dieser Tage nun wurde die Pflanze entfernt. Das Erntergebnis bildeten nicht weniger als 240 Kartoffeln von einem Stok im Gesamtgewicht von 22 Pfund. Die größte Kartoffel wog allein ein Pfund.

Die Anfahrtskarte als Totenschein gefallener Soldaten. Beim Ausbruch des russisch-japanischen Krieges hatte die japanische Heeresverwaltung jedem Soldaten, ehe er ins Feld zog, eine künstlerisch ausgestattete und mit einem Trauerband versehene Postkarte ausgehändigt, auf der — für alle Fälle — der Tod des Soldaten gemeldet ist. Dieser mußte die Karte mit der Adresse derjenigen Person versehen, die er, wenn er in der Schlacht fallen sollte, hiervon unterrichtet zu wissen wünschte. Die Kameraden der Gefallenen waren angehalten, diese Karten, die jeder stets bei sich tragen mußte, aus der Brusttasche zu nehmen und zur Beförderung abzugeben. Selbstverständlich wanderten die Karten samt und sonders nach Japan zurück und wurden in den Familien der Getöteten als teure Andenken bewahrt.

Eine neue Eisenbahn über die Anden. Wie der Zeitschrift „The Engineer“ zu entnehmen ist, wollen nordamerikanische Geldgeber eine neue Bahn in Nord-Peru bauen, deren Zweck es ist, eines der reichsten Gebiete Südamerikas endlich dem modernen Handelsverkehr zu erschließen. Die ungefähr 400 Kilometer lange Strecke wird in dem Seehafen Panta beginnen, die Anden an ihrer niedrigsten Stelle überqueren und sich in das dahinter liegende fruchtbare Land fortziehen. Während man bisher zur Reise von Lima nach dem Mittelpunkt der Gummierzugung im Amazonasstromgebiet, Iquitos, ungefähr 60 Tage brauchte, wird die Bahn die Zurücklegung dieser Strecke in kaum fünf Tagen möglich machen.

Deutsche Einheitsjurisprudenz. „Wolffs Bureau“ teilt mit: Der Sachverständigen-Ausschuß für die deutsche Einheitsjurisprudenz hat nach einer vorausgegangenen dreitägigen Beratung seines Unterausschusses in einer vier-tägigen Sitzung den vom Unterausschuß aufgestellten Entwurf eingehend beraten. Er ist noch nicht zu einem vollen Abschluß seiner Verhandlungen gelangt; aber namentlich vor-ansichtlich ist es gelungen, ein Einvernehmen zwischen den größten Jurisprudenzschulen zu erzielen.

189 806 Strafbefehle und 23 202 Urteile wegen Zuwiderhandlung gegen Erhaltungsvorschriften. Wegen Zuwiderhandlung gegen Vorschriften zur Sicherstellung der Volksernährung sind in der Zeit vom 1. Oktober 1916 bis zum 30. September 1917 nach einer amtlichen Zusammenstellung in Preußen 189 806 Strafbefehle und 23 202 Urteile erster Instanz ergangen. 136 916 von diesen Strafbefehlen sind ohne Urteil rechtskräftig geworden. Man nimmt an, daß das Anwendungsgebiet des Strafbefehls noch weiter wachsen wird.

Von der Not der Neutrenen. Die dänischen Staatseisenbahnen arbeiten seit mehr als einem Jahre mit sinkenden Einnahmen und wachsenden Ausgaben. Die Einnahmen für den Monat September waren um 550 000 Kronen geringer als im gleichen Monat des Vorjahres, die Betriebskosten dagegen um 1/4 Millionen höher. Der Verlust betrug, der im Vorjahre noch gering war, beträgt jetzt für den einen Monat 1,4 Millionen Kronen. Der Ausfall rührt von dem starken Rückgang in der Güterbeförderung her, während der Personenverkehr ungefähr gleich stark geblieben ist.

### Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

#### Rohlkarten.

Bei der heutigen Ausgabe der Rohlkarten für die Straßen C-H in der Mengstraße 6 herrschen ungläubliche Zustände. Der Ausgaberaum ist viel zu klein — nur sechsundzwanzig Straßen sollen hier abgefertigt werden und diese Arbeit sollen fünf Damen besorgen. Es ist dieses ein Unding und habe ich diese Damen von ganzen Herzen bedauert, obgleich wir selbst in diesem Gewühl auch bedauernd wert waren. Um 9 1/2 Uhr waren die Mappen mit den Fragebogen, nach welchen die Karten ausgegeben werden, bereit durcheinander geworfen, daß es eine Kunst für die Damen war, überhaupt noch etwas zu finden. Warum muß das Publikum denn immer wieder auf solche Geduldsproben gestellt werden? Kommt man hier in Lübeck nie aus? Ich glaube, daß drei Kriegsjahre genügen sollten, um endlich zu wissen, wie es zu machen ist. Die erste Ausgabe der Rohlkarten nach dem Namen des Lebensmittelbesitzer-Inhabers ging glatt vonstatten. Warum mußte dieses System verlassen werden? Welche Gefahren für die Gesundheit der Bevölkerung aus diesen verkehrten Maßnahmen entstehen könnten, hat man sich wohl nicht vor Augen geführt. Den Herren, welche solche verkehrten Maßnahmen treffen, möchte ich empfehlen, sich selbst einmal dorthin zu stellen und sich davon zu überzeugen, was sie angerichtet haben.

Einer, der seinen Rohlkarten nicht bis obenhin gefüllt hat.

#### Heiteres.

Russendechsel. Ein Kriegsgefangener, der seine Kenntnis der deutschen Sprache verwerten will, hat in einem deutsch geführten Brief eine Buchhandlung um das Buch „Graf Tolstoi kann nicht Schnauze halten!“ Gemeint ist Tolstois bekannte Brochure „Ich kann nicht schweigen“, die sich gegen die Gewaltthätigkeit der zaristischen Regierung richtete.

Freie Bahn den Tüchtigen. „Sagte Bethmann-Hollweg. Auch diese Bahn hat vier Wagenkasten, Schnell-, Eil- und Personenzüge und an Entgleisungen fehlt es auch nicht.“ (Jugend.)

Die 8. Kompagnie. Die Tochter des Geheimrats W. verlobt sich mit dem Leutnant v. B. von der 8. Kompagnie. Der Köchin wird das erfreuliche Ereignis mitgeteilt. Darauf erwidert sie: „Na, freilich, da sind Sie aber vorsichtig, mit der 8. Kompagnie habe ich schon schlechte Erfahrungen gemacht!“

Die Liebeszigare. „Warum klebst du denn das alte Stück Papier da um die Zigarette?“ — „Dann brennt sie besser und schmeckt viel schöner!“

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Gänzlich in Lübeck.

Druckmaschinen jeder Art für Beamte, Handwerker und Gewerbetreibende werden sauber und pünktlich ausgeführt in der Buchdruckerei des „Lübecker Volksboten“, Johannstr. 46